

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- CDU und FDP gewinnen NRW-Wahl – Die Linke verfehlt den Einzug in den Landtag denkbar knapp
- USA: Konturen einer Erneuerung der Zivilgesellschaft wie auch ihrer staatlichen Eingefasstheit werden sichtbar
- Siedlungsentwicklung und Bürgerbeteiligung
- Zu den Ergebnissen der „Studie im Vorfeld der Bundestagswahl 2017“, durchgeführt von Liljeberg Research International im Auftrag der Linken
- Kalenderblatt, 29. Juli 2000: EU-Antidiskriminierungsrichtlinien
- *Beilage Tagungsberichte: Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik Jahrestreffen 2017 – 6./7. Mai*

Ausgabe Nr. 6-7 am 6. Juli 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

IS geschlagen?

In diesen Tagen bricht die territoriale Herrschaft des IS zusammen. Das Kalifat bildete sich aus der Trümmerlandschaft, die nach der Intervention der Westmächte in den Irak verblieben war. Armeeteile konnten auf Waffenlager zugreifen, sich mit Teilen der Ölirtschaft verbinden, deren Anlagen absichern, Außenwirtschaftsbeziehungen herstellen und das Geld einnehmen, das braucht, wer Söldner anwirbt. Das Regime beanspruchte Herrschaft über das religiöse Leben, anders als die islamische Tradition gebietet, nicht zur Duldung, sondern zur Ausrottung von Minderheiten aller Art. Der IS sicherte sein Ölgeschäft durch Vernichtungskrieg. Die Selbstverteidigungskräfte, die in der Region entstanden, bedurften der Lieferung von modernen, vor allem panzerbrechenden Waffen, und sie bedurften der Unterstützung aus der Luft, die auf mittlere Frist das Ölgeschäft des IS unmöglich machte. Das Ende der Regimefinanzierung durch Ölverkauf löste Absetzbewegungen aus. Wo es vormals um Zehntausende ging, werden die IS-Banden jetzt nur noch nach Hunderten gezählt. Menschen, verzweifelt und an das Begehen von Grausamkeiten gewöhnt, bleiben übrig und bringen sich und andere in strategisch sinnlosen Aktionen um. In verschiedenen Weltgegenden gibt es Versuche, das Modell der ausbeuterischen Besatzung zu implementieren, nahe liegt Libyen. Ein wirksames Gegenmittel wäre eine internationale Konvention, die den Handel mit solchen Regimes bzw. auf solche Weise geraubten Gütern verbietet. Hat die politische Welt die Möglichkeit, solche Normen gegenüber großen Geschäftsinteressen durchzusetzen? Die Verbrecher selbst können getroffen werden, wenn man es ihnen unmöglich macht, die Beute in legales Vermögen zu verwandeln. Ihre legalen Geschäftspartner, deren Nachfrage das Geschäftsmodell des ausbeutenden Terrorismus trägt, sind schwerer zu fassen, die Ächtung derartiger Geschäftsbeziehungen ist begonnen – Stichwort „Blutdiamanten“ – aber erst punktuell. *Martin Fochler, München.*

Österreich, „Liste Sebastian Kurz“: ohne ÖVP als FPÖ-Ersatz?

In Österreich hat die ÖVP die große SPÖ/ÖVP-Regierungskoalition aufgekündigt. Für Oktober dieses Jahres sind Neuwahlen angesetzt. Vier Monate vor diesen Neuwahlen ließ sich der österreichische Außenminister Sebastian Kurz (30) auf dem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) am Samstag, 1. Juli, in Linz mit 98,7% zum Klubobmann,

also Parteichef küren. Die Partei degradierte sich selbst zum Jubelverein der neuen Kurz-Bewegung.

Kurz tritt damit die Nachfolge von Reinhold Mitterlehner an, der wegen Differenzen in der Partei und in der SPÖ/ÖVP-Regierung zurückgetreten war. Kurz ließe sich auch gleich per Satzungsänderung weitgehende Vollmachten in der Kandidatenaufstellung der Bundespartei – die er allein bestimmen kann – und weitgehende Mitsprache in der Aufstellung der Landeslisten garantieren. Wie Kurz aus seinem Umfeld verlauten ließ, soll die Bundesliste der ÖVP als „Liste Sebastian Kurz“ außer ihm nur aus Nichtparteimitgliedern bestehen. Den Wahlkampf will Kurz nicht aus Mitteln der auch finanziell zerrütteten ÖVP, sondern aus Spenden von außerhalb der Partei bestreiten. Auf seinen Wahlplakaten wird das Kürzel ÖVP nicht zu lesen sein. Zu wählen gibt es die „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“.

Am gleichen Ort, an dem Jörg Haider vor 22 Jahren die FPÖ in die Bewegung „die Freiheitlichen“ umzuformen versuchte, versuchen Kurz und seine Anhänger in der ÖVP nichts weniger als eine rechts-konservativ/reaktionäre, aber im Auftritt modern/flotte Bewegung um die Person Kurz aufzubauen.

Den politischen Kurs einer weiteren Rechtsverschiebung der Restbestände der ÖVP und ihre Mutation zu einem Sebastian-Kurz-Jubelverein hatte Kurz bereits als österreichischer Integrations- und Außenminister ausgiebig betrieben. Alles gegen die Flüchtlinge: Schließung der Balkanroute, jetzt Schließung des Mittelmeeres, Internierungslager in Nordafrika, strikte „Obergrenzen“ für die Aufnahme von Geflüchteten. In der Innenpolitik versucht Kurz sich gegen SPÖ-Kanzler Kern mit Steuersenkungen einerseits und sozialpolitischem Einschwenken auf Forderungen der SPÖ, aber ohne Gegenfinanzierung zu profilieren. Bisher scheinen die Wahlumfragen den Kurz-Hype zu bestätigen. Unter seinem Vorgänger Mitterlehner lag die ÖVP abgeschlagen hinter der rechtspopulistischen FPÖ (über 30%) und der SPÖ. Nach dem ÖVP-Parteitag und der Kurz-Wahl liegt die ÖVP mit 33 Prozent vorne, die SPÖ blieb auf Platz zwei mit 27 Prozent, die FPÖ ist auf den dritten Platz mit immer noch 26 Prozent abgerutscht.

Nach den Wahlen dann also eine rechts/rechte Koalition mit Liste Kurz/FPÖ unter Kurz's-Führung? Die Erfahrungen mit dem tatsächlichen Ausgang um Hypes im rechten Spektrum lassen Vorsicht mit vorschnellen Projektionen angeraten sein.

Christoph Cornides, Mannheim

Quellen: der Standard, FAZ-online

Ehe für alle, Koalition für schwarz + (gelb +/- grün)?

Frau Merkel hat einmal mehr das Unvermeidliche einfach zugelassen. Nachdem der Grünen-Parteitag die Zustimmung zur „Ehe für alle“ zur Koalitionsfrage gemacht hatte, folgte dem als nächster für die FDP Christian Lindner, es folgte die SPD. Damit waren die Koalitionsmöglichkeiten der Union durchkreuzt. In dieser Not fand die Kanzlerin den Ausweg „Gewissenfrage“. Das hätte sich in einen künftigen Koalitionsvertrag schreiben lassen, funktionierte aber auch als Test der SPD, die prompt und unter Juchhe Oppermanns die Chance ergriff, eine rot-rot-grüne Mehrheit darzustellen. Der SPD-Fraktionschef sagte, dieser Schritt sei vielleicht schlecht für die Koalition, aber gut fürs Land. Tatsächlich hat Merkels Schachzug den Weg für eine schwarz-gelbe Koalition geebnet, zur Not unter Einschluss der Grünen. Erzkonservative Unionler, die die SPD („immerhin zuverlässig“) weniger hassen als die Grünen, können nun die Klammer anders setzen. Grün-schwarze Grüße übrigens aus Stuttgart, wie war das nochmal mit Koch und Kellner?

Alfred Küstler

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHIET ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de, Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

CDU und FDP gewinnen NRW-Wahl – Die Linke verfehlt den Einzug in den Landtag denkbar knapp

8 435 Stimmen fehlten der Partei Die Linke in NRW zum Einzug in den Landtag, das sind knapp 0,1 %. Das ist eins der wichtigsten Ergebnisse der Landtagswahl in NRW. Es hat weitreichende Folgen, denn erst der Nichteinzug der Partei Die Linke ermöglichte die Bildung einer schwarz-gelben Koalition, die mit ihrer einen Stimme Mehrheit Armin Laschet (CDU) inzwischen zum Ministerpräsidenten gewählt hat. Die Regierung Rüttgers, die die seit 1965 SPD-geführten Regierungen in NRW von 2005 bis 2010 abgelöst hatte, bleibt also nicht nur eine kurze Episode im größten Bundesland, das ansonsten seit Mitte der 60er Jahre SPD-geführt regiert wurde. Gleichzeitig sind die Vorzeichen für eine Koalition links von der „Mitte“ bei der Bundestagswahl im September in noch weitere Ferne gerückt.

Die Landtagswahl in NRW macht eine weitere Rechtsverschiebung der politischen Landschaft deutlich. Die Linke gewann gegenüber 2012 zwar mehr als 220 000 Stimmen hinzu. SPD und Grüne verloren jedoch knapp 750 000 Stimmen, während CDU und FDP mehr als 1.140 000 Stimmen hinzu gewannen. Hinzu kommt das Ergebnis der AfD, die aus dem Stand heraus 626 725 Stimmen (7,4 %) erhielt und damit zwar schwächer abschnitt, als befürchtet, aber dennoch glatt in den Landtag einzog.

Ein solches Ergebnis hätte vor einigen Monaten kaum jemand für möglich gehalten. Hannelore Kraft galt als integre „Landesmutter“, die Umfragen für SPD, Grüne und auch für Die Linke, die seit mehr als einem Jahr stets über 5 % „gehendelt“ wurde, sahen nicht schlecht aus. In den letzten Monaten rückten die Fehler von Rot-Grün jedoch in den Vordergrund, NRW wurde in den Augen vieler Wählerinnen und Wählern schlecht regiert. Laschets Strategie, Hannelore Kraft nicht persönlich anzugreifen, sondern den Finger in die sachlichen Schwachstellen zu legen, war erfolgreich. Diese Schwachstellen waren das Versprechen, allen Kindern solle es besser gehen, und die empörende Schulpolitik von Silvia Löhrmann (Grüne), die wirtschaftliche Situation und das Thema Sicherheit, das die CDU nach den Vorfällen auf der Kölner Domplatte Silvester 2015 u.a. mit einem Untersuchungsausschuss und immer wieder heftigen Angriffen auf Innenminister Ralf Jäger (SPD) im Bewusstsein hielt.

Hannelore Kraft leugnete im Gegensatz zu allen Untersuchungen z.B. der

Wohlfahrtsverbände kurz vor der Wahl sogar, dass die Kinderarmut in NRW zugenommen habe. Die „Rote-Socken-Angriffe“ der CDU konterte Kraft vier Tage vor der Wahl mit einer deutlichen Absage an Rot-Grün-Rot – das in den Umfragen zu dem Zeitpunkt kaum möglich schien. Genutzt hat es ihr nicht, der Partei Die Linke hat es wahrscheinlich schon geschadet.

Linke besser als 2012, schlechter als 2010

In der Linken NRW wurde nach der Wahl vor allem auf den deutlichen Stimmenzugewinn gegenüber der Landtagswahl 2012 verwiesen, dass sie nicht reingekommen ist, mehr als Pech interpretiert. „Knapp daneben ist auch vorbei“, heißt jedoch ein altes Sprichwort und in einigen Monaten wird niemand mehr davon reden, dass Die Linke NRW den Einzug in den Landtag nur äußerst knapp verfehlt hat.

Die Linke hat in NRW überwiegend einen engagierten Wahlkampf geführt, um die 700 Mitglieder wurden in den letzten Monaten neu aufgenommen. Das soll nicht in Abrede gestellt werden. Trotzdem macht die Niederlage nicht nur deutlich, wie schwierig der Einzug der Linken in die Landtage der alten Flächenbundesländer ist. Vergleicht man die Ergebnisse 2017 mit denen von 2010, als Die Linke den Einzug in den Landtag mit 5,6 % geschafft hat, zeigt sich vielmehr, dass sie bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung rund 20 000 Stimmen mehr hatte als diesmal. Sie hat das schon einmal bei einer Landtagswahl erreichte Potential also nicht ausgeschöpft – bei Bundestagswahlen lagen die Ergebnisse der Linken in NRW ohnehin immer höher als bei Landtags- und Kommunalwahlergebnissen.

Özlem Alev Demirel, Landessprecherin und Spitzenkandidatin der Partei Die Linke, hat bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass es nicht nur eine Ursache gibt, warum die wenigen Stimmen fehlten. Das ist sicherlich richtig, allerdings sollte man unterscheiden zwischen der Gemengelage einzelner Punkte, die zu der konkreten Situation beigetragen haben und tiefergehenden Verschiebungen bei den Wählerinnen und Wählern.

Als Ursachen für das Fehlen der wenigen Stimmen wurden in den Diskussionen im Landesverband verschiedene Punkte genannt:

Das Wahlprogramm: Manchen Wählerinnen und Wählern waren – und

dies soll nur ein Beispiel sein – Forderungen wie die 30 Stunden-Woche zu fern und zu unrealistisch. In der gewerkschaftlichen Diskussion spielt sie keine große Rolle, auch wenn Arbeitszeitfragen zunehmend in den Fokus rücken, zudem ist sie vor allem tariflich zu regeln und nicht durch politische Entscheidungen des Landes. Es gab andererseits auch linke Wählerinnen und Wähler, denen die im Wahlkampf dann doch eher positive Positionierung der Spitzenkandidaten zu rot-grün-rot nicht gefiel, die wählten jedoch sowieso lieber DKP, MLPD oder Die Partei.

Unklares Profil in der Flüchtlingspolitik: Das Landtagswahlprogramm lässt zwar keine Einfallstore für „Obergrenzen“ oder ähnliches zu, die Irritationen, die die Gesamtpartei vor einiger Zeit in der Öffentlichkeit zugelassen hat, machten sich aber auch im Wahlkampf bemerkbar. Ein gutes Plakat zu Flüchtlingen wurde vom Landesvorstand nicht in Auftrag gegeben und nur in Köln und in Essen auf eigene Rechnung geklebt.

Die Landesliste: Hierum gab es im Vorfeld erhebliche Randeileien. Ein bekannter Gewerkschafter, dessen Kandidatur von Teilen des Landesverbandes gewünscht wurde, wurde „weggemobbt“, der Dachverband kurdischer Vereine, der einen Kandidaten ins Rennen schicken wollte, wurde auf die Bundestagsliste vertröstet und dort bei der Aufstellung ausgetrickst, was zu heftiger Kritik in den Reihen der kurdischen Vereine geführt hatte.

Die Piraten: Vom Landesverband gab es keine wirklichen Signale, dass die Themen und Personen bei der Partei Die Linke gut aufgehoben sind, die Piraten erhielten immerhin noch knapp 80 000 Stimmen – sie kamen von 610 000, von denen Die Linke nur wenig profitiert hat. Daniel Schwerdt, ehemaliger Landtagsabgeordneter der Piraten, musste sich in einer Kampfkandidatur auf dem eher unsicheren Listenplatz 12 durchsetzen – in Köln erhielt er als Direktkandidat mit 12,1 % das bester Erststimmenergebnis im ganzen Land NRW.

Die Plakate: Die Plakatkampagne knüpfte bewusst an einer martialischen Werbekampagne aus den USA der 40er Jahre an, „Rosie the Riveter“ („Rosie, die Nieterin“). Sie warb um Frauen ausgerechnet für die Rüstungsindustrie. Das wussten nicht viele, aber der Slogan „Zeig Stärke“ ging an der Lebenswelt vieler vorbei oder wurde schlicht nicht verstanden.

Personen: In einem gewissen Gegensatz dazu warb die Wahlkampfzeitung des Landesverbandes mit einem großen Foto und Leitartikel von Sahra Wagenknecht – nicht gerade ein Zeichen eigener „Stärke“ und eigenen Selbstbewusstseins.

Trotz des im Großen und Ganzen sehr hohen Engagements führten die genannten Punkte auch dazu, dass manche Kreisverbände eher lustlos an den Wahlkampf gingen und daraus auch keinen Hehl machten.

Ärmere Menschen gehen weniger zur Wahl

Von grundlegenderer Bedeutung sind dagegen die tiefer gehenden Veränderungen beim Wahlverhalten – nicht nur der Partei Die Linke. Ich habe oben bereits darauf hingewiesen, dass das bürgerliche Lager deutlich gestärkt wurde, ebenso rechtspopulistische Parteien wie die AfD. Wenn man die Ergebnisse mit 2010 vergleicht, hat Die Linke bei den Wahlkreisergebnissen in den eher von Universitäten und einer breiteren, liberalen Mittelklasse geprägten Großstädten Köln, Bonn, Aachen, Bielefeld, Münster, Düsseldorf und sogar Paderborn sowie den südlichen Wahlkreisen von Bochum und Dortmund gewonnen hat. Auf dem Lande und in den nördlicheren, ärmeren Wahlkreisen im Ruhrgebiet hat sie verloren. Dabei gibt es bei diesen Wahlkreisen einen gravierenden Unterschied: Die Linke war auf dem Lande auch 2010 sehr schwach und meist deutlich unter 5 %. Im Ruhrgebiet hatte sie ihre besten Ergebnisse jedoch gerade in den ärmeren, sozial abhängigen Stadtteilen und nicht

in Köln oder Bielefeld. Diese Verluste in den armen Stadtteilen lassen sich auch in den Großstädten wie Essen gut nachvollziehen. Ärmere Leute gehen immer weniger zur Wahl, während die sozial einigermaßen abgesicherten sich wieder stärker beteiligt haben – zugunsten von CDU und FDP.

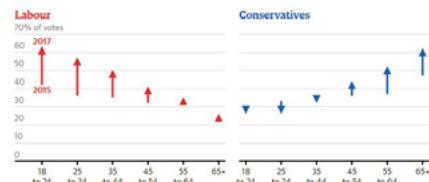
Die AfD hatte dagegen bei dieser Landtagswahl ihre besten Ergebnisse in den ärmeren Stadtteilen des nördlichen Ruhrgebiets, dort war sie meist zweitstellig. Die direkte Wählerwanderung von der Partei Die Linke zur AfD war allerdings nicht sehr hoch, Die Linke hat mit 10 000 Stimmen mit am wenigsten an die AfD abgegeben. Die AfD hat in den ärmeren Stadtteilen also offensichtlich andere Wähler mobilisiert als vorher Die Linke. Die armen Wähler gehen völlig desillusioniert meist gar nicht mehr zur Wahl.

Vor allem auf dem Lande wird deutlich, dass Die Linke dort meist besser abgeschnitten hat, wo sie auf eine lange, gute kommunalpolitische Arbeit zurückblicken kann und dadurch konstant in Erscheinung tritt und Politik macht. Hier dürfte auch ein Schlüssel für die künftige Arbeit liegen: Es muss darum gehen, das junge, bürgerlich-akademische Milieu zu halten – Die Linke hat hier viele Stimmen auch von den Grünen erhalten – und gleichzeitig in den sozialen Brennpunkten versuchen, durch eine präsente kommunale Interessenvertretungspolitik Boden gut zu machen. Anders wird Vertrauen nicht aufzubauen sein. Damit abfinden, dass die Ärmern gar nicht mehr wählen gehen, sollten wir uns nicht.

Wolfgang Freye, Essen

Positionierung mit Rücksicht auf die verschiedenen Interessen der Akteure und Betroffenen mehren sich: z.B. ruft der zuständige Minister David Davis jetzt zum ersten Mal inländische Konzernchefs zu einer Konferenz nach London zusammen, um sie in den Brexit-Prozess einzubinden. Als weiteres Indiz für die Richtungskorrektur werten manche den Hut der Queen in den Farben der EU-Flagge, den sie bei der Vorstellung des Regierungsprogramms gezeigt hat.

Zweitens muss die konservative Regierung, die nur mit der eigentümlichen nordirischen DUP Zustand gekommen ist, Labours Zugewinne berücksichtigen, um den britischen Laden zusammenzuhalten: sowohl in der Wahlbeteiligung als auch in der Wahlentscheidung zeigt sich eine Dynamik bei der Altersaufteilung zugunsten von Labour in den jungen Generationen (siehe zweite Grafik). Andere Statistiken weisen darauf hin, dass Labour zwar bei den niedrigsten sozialen Klassen am meisten punkten konnten, die Conservatives dort aber höhere Zugewinne verzeichnen: Labour hat weniger



Grafik 2: Die Pfeilspitze deutet auf die Richtung Zu- bzw. Abnahme, die Länge der Pfeile auf die Prozentpunktanzahl hin: Labour konnte bei den 18- bis 24-Jährigen, die Conservatives bei den über 65-Jährigen zulegen im Vergleich der Wahlen 2015 mit 2017.

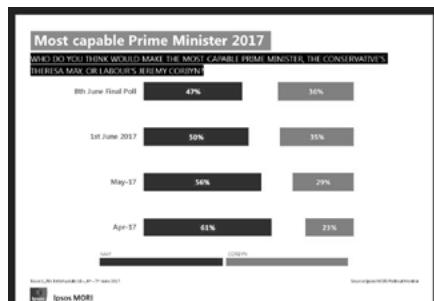
bei den klassischen Arbeitern dominieren, dafür mehr in den besser situierten Gebieten mobilisiert.

Schon beim ersten Termin unter Führung von Michel Barnier (für die EU) und David Davis (für UK) hat sich das Dilemma gezeigt, und zwar an der Frage des Status von EU-Bürgern im Gebiet des UK: was Großbritannien als großzügiges Angebot darbietet, wird von EU-Seite als nicht verhandlungswürdig abgelehnt. Wie wird das bei Fragen des bisherigen Binnenmarktes, einer Zollunion, einer Freihandelszone? Was wird aus der Anerkennung des Europäischen Gerichtshofes? Was passiert mit der Umweltpolitik, mit der Politik gegenüber den afrikanischen Staaten? – Die Antwort auf diese Fragen sind auch für andere inter- und transnationale Beziehungen wie z.B. zwischen Norwegen, Schweiz, Ukraine, Türkei, Kanada und der EU von großer Bedeutung. Mit diesen Ländern bestehen spezielle Verträge, mit und ohne Freizügigkeit, mit und ohne Zollunion.

Interessant ist, dass die Brexit-Befür-

Brexit und EU: Ergebnis der Unterhauswahl

2015 konnten neben den Conservatives und Labour vor allem UKIP und die Schottische Nationalpartei viele Stimmen auf sich ziehen. 2017 haben über 80% der Briten Labour und Conservatives gewählt. Die Wahl war explizit mit der Konkretisierung des Brexits gekoppelt.



Grafik 1: Die Dynamik der Kandidateneinschätzung zwischen April und Wahltermin im Juni. Die Umfrage lautete: Wer, meinen Sie, wäre der am besten taugliche Premierminister, Theresa May von den Conservatives (links, dunkel) oder Jeremy Corbyn von Labour (rechts, hell)?

Mit 50 Parlamentssitzen Vorsprung – bei einer Gesamtzahl von 650 – haben die Conservatives zwar einen Vorteil, das Wahlvolk will aber, dass die beiden großen Parteien den Brexit verantworten, den Schreihälzen von UKIP wird das nicht zugetraut, ein neues schottisches Referendum wird es ebenfalls so schnell nicht geben (2015 hatte UKIP noch über vier Millionen Stimmen, die schottische Nationalpartei hat zwei Drittel ihrer Sitze verloren). Beiden Spitzenkandidaten wurde Tauglichkeit bescheinigt; in den beiden kurzen Wahlkampfmonaten ist Bewegung in Richtung Gleichstand gekommen (siehe Grafik 1).

Das Wahlergebnis hat zwei Konsequenzen: Erstens kann die britische Seite bei den Brexit-Verhandlungen von einer taktilisch komfortablen Position aus agieren: es muss einen eher milden denn einen Blut-und-Tränen-Brexit geben mit einer verlässlichen, wenn auch losen Kopplung mit der EU. Die Hinweise auf die neue

worter die Migrations- und Fluchtbe wegung aus Ländern wie Syrien völlig entgegen der tatsächlichen Situation der EU angelastet und mit der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit vermengt haben. Dabei ist Großbritannien ja nicht einmal im Schengen-Abkommen (was ausweisfreies Reisen innerhalb der EU ermöglicht), hat aber z.B. mit Irland, den USA und Australien derartige bilaterale Abkommen.

Spannend sind die Verhandlungen aber

auch in einem anderen Zusammenhang: „Wie kein zweites Gebilde steht die EU für den Transnationalismus, weshalb sie von der nationalistischen Ideologie existenziell herausfordert ist.“ (NZZ, 17.6.17) Diese Herausforderung kommt von innerhalb der EU und ist eng verknüpft mit der Gestaltung der zukünftigen Beziehungen der EU zu Großbritannien.

Eva Detscher, Karlsruhe

Grafiken: Vortrag Dr. Jan Eichhorn, 22.6.17 (dort: Ipsos Mori / The Guardian)

Erste Vorhaben der neuen französischen Regierung

Unmittelbar nach seiner Wahl noch im Mai hat Staatspräsident Macron die Vertreter der Gewerkschaften und des Unternehmerverbands zu ersten Konsultationen über Änderungen des Arbeitsgesetzes empfangen, und bis 21. Juli wird Arbeitsministerin Muriel Pénicaud in dann insgesamt 48 Gesprächsrunden weitere Anregungen und Bedenken zu Protokoll nehmen.

Änderungen des Arbeitsgesetzes sind als erste große Strukturreform Macrons angekündigt. Die Umsetzung der Reform soll auf dem Weg der sogenannten „gesetzesvertretenden Verordnung“ erfolgen – vom Kabinett beschlossen und vom Präsidenten unterschrieben. Es kommt § 38 der Verfassung zur Anwendung: „Die Regierung [kann] zur Durchführung ihres Programms das Parlament um die Ermächtigung ersuchen, während eines begrenzten Zeitraums durch gesetzesvertretende Verordnungen Maßnahmen zu treffen, die normalerweise dem Bereich

der Gesetzgebung unterliegen.“ Diese Vollmacht gilt nur für eine bestimmte Zeit, höchstens bis zu drei Jahren und muss durch das Parlament erfolgen – Macrons Mehrheit dafür ist komfortabel. Der Zeitplan für diese Umsetzung ist ehrgeizig – bis Ende September sollen die Gesetzesänderungen durch erneute Abstimmung in der Nationalversammlung abgeschlossen sein. Die Abgeordneten stimmen dann nur noch über die Reform als Ganzes ab. (1)

Macron kalkuliert, dass ihm eines der wichtigsten französischen Kulturgüter bei der Umsetzung hilft: ab 1. Juli ist die ganze französische Gesellschaft auf Ferien bis in den September eingestellt.

Macron hatte bereits 2015 als Wirtschaftsminister bei Hollande ein Gesetz zur Neuregelung der Sonntags- und Nachtarbeit verantwortet, mit Ausnahmen vom Arbeitsverbot am Sonntag etwa in Touristikgebieten. Voraussetzung: Für die Sonntagsarbeit muss eine Be-

triebsvereinbarung vorhanden sein und es gilt das Freiwilligkeitsprinzip für die Beschäftigten. Mit dem Gesetz „El Khomri“ wurden 2015 auch Abweichungen von allgemeinen Tarifverträgen und teilweise auch von Arbeitsgesetzen durch Betriebsvereinbarungen ermöglicht; Belegschaften konnten längere Arbeitszeiten beschließen. Die geplante Erleichterung betriebsbedingter Kündigungen wurde von der Regierung Hollande nach heftigen Auseinandersetzungen mit Gewerkschaften und Linken weitgehend zurückgenommen.

Regelungen im Arbeitsrecht, die für alle Gültigkeit haben, sollen zukünftig auf Branchenebene verhandelt werden. Betriebsvereinbarungen sollen im Vergleich zu Branchenvereinbarungen mehr Gewicht bekommen, Detailregelungen häufiger auf Ebene der Betriebe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt werden. Bei Entschädigungen für ungerechtfertigte Kündigungen soll es künftig Ober- und Untergrenzen geben.

Der Kündigungsschutz soll zukünftig nur geringe Wirksamkeit haben, bei Entlassung sollen in den ersten Folgemonaten staatliche Hilfen fließen, die nicht weit unter dem bisherigen Verdienst liegen, und mit Fortbildungsangeboten soll eine schnelle Rückkehr in den Arbeitsmarkt befördert werden. Solche Regelungen – Flexicurity-Modelle – wenden in der EU unter anderem Dänemark und die Niederlande an.

Macron hat in seinem Wahlprogramm eine Senkung der seit Jahren um die zehn Prozent schwankenden Arbeitslosenquote (derzeit etwa 3,5 Millionen Arbeitslose) innerhalb seiner Amtszeit auf sieben Prozent als Ziel formuliert. 85 % der Beschäftigten in Frankreich sind in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis. Aber 87 % der neu eingestellten Arbeitnehmer bekommen nur noch einen befristeten Arbeitsvertrag, vor allem junge Menschen und Geringqualifizierte. Und nur 21 % der befristet eingestellten Arbeitnehmer gelingt es, innerhalb von drei Jahren in eine unbefristete Anstellung zu wechseln (EU-Durchschnitt: 37 %).

Die CGT, die an den derzeitigen Konsultationen der Regierung teilnimmt, hat für den 12. September bereits zu landesweiten Streiks und Aktionen aufgerufen.

Matthias Paykowski, Karlsruhe

(1) Zwischen 1960 und 1990 wurden 25 „Ermächtigungen“ und 158 *ordonnances* eingesetzt, von 2004 bis 2013 wurden 357 Verordnungen nach Artikel 38 veröffentlicht. Quelle: <https://frankreich.dgap.org/2017/06/01/rezept-fuer-reformen-gesucht/>. Weitere Quellen: CGT – <http://www.combattrelaloitavail.cgt.fr/>; Französische Regierung: <http://www.gouvernement.fr/>; http://www.gouvernement.fr/sites/default/files/contenu/piece-jointe/2017/06/programme_de_travail_pour_renover_notre_modele_social.pdf

Kandidatenlisten Wahl Nationalversammlung	Sitze	2. Wahlgang	1. Wahlgang	Verluste/ Gewinne	Präsidentenwahl 1. Runde
Extreme Linke	0	-	175 214	-	626 889
Französische Kommunistische Partei PCF	10	217 833	615 487	-	-
Das widerstreitende Frankreich FI	17	883 573	2 497 622	-	7 059 951
Sozialistische Partei PS	30	1 032 842	1 685 677	-	2 291 288
Radikale Linke PRG	3	64 860	106 311	-	-
Unabhängige Linke	12	263 488	362 281	-	-
Grüne Ökologisten	1	23 197	973 527	-	-
Unabhängige	3	100 574	500 309	-	-
Regionalisten	5	137 490	204 049	-	-
Die Republik in Bewegung LREM	308	7 826 245	6 391 269	+	8 656 346
Demokratische Bewegung Zentrum MODEM	42	1 100 656	932 227	+	-
Union der Demokraten und Unabhängigen UDI	18	551 784	687 225	-	-
Die Republikaner LR	112	4 040 203	3 573 427	+	7 212 995
Rechte divers	6	306 074	625 345	-	833 434
Steh auf Frankreich DLF	1	17 344	265 420	-	1 695 000
Front National FN	8	1 590 869	2 990 454	-	7 678 491
Extreme Rechte	1	19 034	68 320	-	-

Der seit den Vorwahlen im Sommer letzten Jahres dauernde Wahlkampf ist mit dem 2. Wahlgang zur Nationalversammlung am 18. Juni zu Ende gegangen. Seitdem die Wahlen zum Parlament direkt im Anschluss an die Wahl des Staatspräsidenten stattfinden müssen, sinkt die Wahlbeteiligung. Diesmal erreichte sie ihren historisch tiefsten Stand (42,6 Prozent). Die Wähler haben sich – und so war es auch erwartet worden – gegen die Kohabitation entschieden und Macron mit einer deutlichen Mehrheit ausgestattet. LREM und ihrem Koalitionspartner MODEM gelang es im 2. Wahlgang mehr Wähler als im ersten zu mobilisieren. Die Mehrheit in der Nationalversammlung ist komfortabel, Macron kann auch ohne MODEM über eine eigene Mehrheit verfügen (308 von 577 Deputierte). Die Republikaner haben sich ebenfalls gehalten, auch sie konnten gegenüber dem 1. Wahlgang hinzugewinnen. Alle anderen haben deutlich verloren, die bisherige Regierungspartei PS wurde von 280 Deputierten auf 30 reduziert. Mélenchons La France insoumise verlor gegenüber dem 1. Wahlgang 1,5 Mio. Wählerstimmen. Der FN halbierte seine Wählerschaft und kann die erwartete Fraktion in der Assemblée Nationale nicht bilden.

map

Konturen einer Erneuerung der Zivilgesellschaft wie auch ihrer staatlichen Eingefasstheit werden sichtbar

Wenn man der Frage nachgeht, warum das Niederzwingen der Schutzzonen-Kommunen für US-Präsident Trump eine erkennbar überragende Bedeutung hat, stößt man im Kern auf eine existentielle, die Lebensverhältnisse vieler Menschen vor Ort betreffende soziale Auseinandersetzung, die auf dem Gefechtsfeld der US-Verfassung ausgetragen wird. Dieser Zusammenprall hat im öffentlichen Raum eine intensive und weitreichend vernetzte Diskussion hervorgerufen, die zum einen nicht nur am multikulturellen Charakter der US-amerikanischen Zivilgesellschaft solidarisch festhalten will, sondern die diesen Charakter eher noch verstärkt wissen will unter dem Motto: Bereicherung durch Vielfalt. Und die zum andern eine aus beiden politischen Lagern getragene Neubestimmung der föderativen Bundesebene sucht, welche diese Ebene zurückschneidet auf lediglich zwei Funktionen: Ausgleich und Ergänzung.

Trumps Behauptungen über Schutzzonen-Städte finden in der Wirklichkeit keine Bestätigung

In zwei besonderen Erlässen hat Präsident Trump gleich zu Beginn seiner Amtszeit, am 25. Januar 2017, die Sanctuary Cities und Sanctuary Counties (Schutzzonen-Städte und -Landkreise) als Bedrohung für die innere Sicherheit bewertet: Schutzzonen mit eigener Rechtshoheit, verteilt über die gesamten Vereinigten Staaten, würden die Bundesgesetzgebung willentlich verletzen,

wenn sie versuchen, illegale Immigranten vor der Abschiebung aus den USA zu schützen. Diese rechtshoheitlichen Körperschaften hätten dem amerikanischen Volk und dem Gefüge unserer Republik unermesslichen Schaden beigelegt. Etwa dadurch, dass sie zu einem Freiraum für Kriminalität geworden seien, und dadurch, dass sie wirtschaftlich Stagnation und Niedergang in Kauf nehmen. Sie hätten vor allem, so Trump, die Zusammenarbeit ihrer Polizeiorgane mit den Bundesbehörden für Immigration eng begrenzt. Er fordere sie daher auf, dies zu unterlassen. Andernfalls würden sie die zustehenden Bundeszuwendungen verlieren.

Diese Behauptungen finden in der Realität keine Bestätigung. Wie eine neuere Analyse – veröffentlicht vom Center for American Progress und vom National Immigration Law Center – verdeutlicht, weisen die Schutzzonen-Kommunen eine niedrigere Kriminalität und ein höheres wirtschaftliches Wohlergehen aus. Diesem Befund, der auf einer entsprechenden Statistik der Bundesbehörde für Immigration fußt, liegt ein Abgleich der Verhältnisse in den Kommunen zugrunde, die sich als Schutzzonen ausweisen, und solchen, die sich ausdrücklich nicht als solche Zonen verstehen. Von 2492 in der Untersuchung erfassten Kommunen hat die Bundesbehörde 602 als Schutzzonen-Gebilde identifiziert.

Der Abgleich ergab, dass in den Schutzzonen-Kommunen auf 10 000 Einwohner 35,5 weniger Gewalt- und Eigentumsde-

likte entfallen wie in den Kommunen ohne solches Selbstverständnis. Bei den Kommunen in den Metropolregionen fällt dieser Abgleich mit 65,4 weniger erfassten Straftaten noch drastischer aus. Dieser Abgleich ergab auch bessere wirtschaftliche Verhältnisse bei den Schutzzonen-Kommunen. Im Durchschnitt weisen sie höhere Einkommenswerte aus sowie niedrige Armutszahlen und etwas geringere Arbeitslosenzahlen. Diese positiven Effekte werden in kleinen Kommunen noch deutlich übertroffen. Das heißt dort, „wo angenommen werden kann, dass die Beiträge eines jeden einzelnen Immigranten größere Auswirkungen haben“.

Am 24. April hat ein Distriktgericht in San Francisco die Absicht der Trump-Administration, die regelmäßigen Bundeszuwendungen zu einer Waffe in ihrer Auseinandersetzung mit den Schutzzonen-Kommunen zu machen, vorläufig durchkreuzt. Richter William Orrick befasste sich mit dem von der Stadt San Francisco und dem umliegenden Landkreis vorgebrachten Klagepunkt Verstöße gegen die Bestimmungen des 10. Zusatzartikels (Tenth Amendment) zur US-Verfassung. Orrick musste zunächst untersuchen, ob dieser Klagepunkt berechtigt ist und bei den nächsthöheren Gerichten auch Aussicht auf Erfolg hat. Orrick hat festgestellt, dass die ange drohte Vorenthalterung von Zuwendungen vor allem Bundesmittel betrifft, die für die öffentliche Gesundheitsfürsorge eingesetzt werden, Medicare, Medicaid, Transportdienstleistungen, Wohlfahrt dienste für Kinder, Schutzimpfungspro gramm und die Notfallbereitschaft.

Die Gegenwehr der Sanctuary Cities gegen Trumps Politik stützt sich auf die US-Verfassung

Unter Bezugnahme auf frühere Entscheidungen des höchsten Bundesgerichts (Supreme Court) kommt Distriktrichter Orrick zu dem Ergebnis, dass die Anklage einreichende Seite durch das harsche Risiko beim Wegfall der Bundesmittel im Verfahrensweg erfolgsbegünstigt ist. Das Erzwingen von Zusammenarbeit bei der Immigrationspolitik mit der Bundesadministration komme einer verfassungswidrigen Gewaltandrohung gleich. Sie stelle eine „Pistole auf die Brust“ (gun to the head) dar. Distriktrichter Orrick kommt zu dem Schluss, dass es sich hier, „wo Hunderte Millionen von Dollars auf



Einbürgerungsfeier an der Oakton High School in Vienna, Virginia, Dezember 2015

dem Spiel stehen“, um die Herbeiführung einer verfassungswidrigen besonderen Härte für die betroffenen Kommunen handelt. Auch hier habe der Verfahrensweg der Kläger Aussicht auf Erfolg. Diese Erfolgsaussichten seien vor allem unter dem Gesichtswinkel früherer Entscheidungen des höchsten Bundesgerichts zu ähnlich gelagerten Fällen gegeben. Der Gerichtshof hatte damals festgestellt, dass die Bundesregierung die Bundesstaaten nicht zwingen dürfe, ihre eigenen Verpflichtungen, die sie aus dem Immigrationsgesetz ableitet, auszuführen. Orrick hält eine bundesweite Unterbindung der Maßnahmen für gerechtfertigt, weil die betroffenen Kommunen wegen der bedeutenden Unsicherheit für ihre Haushaltplanung ein sehr starkes Interesse haben, die angedrohten Zwangsmaßnahmen zu verhindern.

„Das wirkliche Ziel der Trump-Order ist die Neugestaltung der amerikanischen Demografie“

In der US-Zeitschrift „The American Mirror 2017“ vom 24. Mai wird darüber berichtet, dass das Oberhaupt der Living Water United Church of Christ in Philadelphia, Bischof Dwayne Royster, die geplanten Bundeshaushaltsskürzungen des derzeitigen US-Präsidenten in einer öffentlichen Stellungnahme als den Versuch einer „ethnischen Säuberung“ (ethnic cleansing) angeprangert hat:

Der aktuelle Haushalt der Trump-Administration stelle den Versuch dar, eine ethnische Säuberung in der US-Bevölkerung einzuführen – eine Säuberung von Farbigen aber auch von armen Weißen, die auf staatliche Dienste angewiesen sind und deshalb am meisten von diesen Kürzungen betroffen sind. Es sei „Realität, dass viele arme afroamerikanische Familien und Latino-Familien und asiennstammige Familien und indianische Familien durch diesen Haushalt vernichtet werden“. Es sei außerdem „Realität, dass ebenso auch arme weiße Familien durch diesen Haushalt zugrunde gerichtet werden“. In seinem Versuch, die farbigen Familien mit seinen Haushaltsskürzungen zu treffen, füge er ebenso auch vielen armen weißen Familien Schaden zu. Diese Kürzungen würden zum Wegfall von dringend benötigten Jobs im staatlichen Dienstleistungsbereich führen, sie würden dort bislang Beschäftigte arbeitslos machen und würden somit zum Anwachsen der Armut innerhalb der US-Bevölkerung führen. Trumps übergreifendes Ziel sei es, Menschen dadurch in Armut zu treiben, dass er das für sie bestimmte Geld an die Reichen gibt. Wegen des beabsichtigten Bundeshaushalts würden, so der Bischof, Menschen, bildlich gesprochen, tot umfallen.



Einwanderer aus Polen 1909 bei der Arbeit als Beerenpflücker. Es gab noch keinerlei Sozialgesetze, die Armut zwang zur Kinderarbeit. (Bilder: wikipedia)

„Wir werden bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen einen Anstieg von frühem Tod und von Leiden erleben als Resultat des Wegfalls der Gesundheitsfürsorge von Medicaid. Wir werden erleben, dass ältere Menschen sterben wegen des Wegfalls von Essen auf Rädern (Meals on Wheels). Wir werden einen Anstieg der Kindersterblichkeit erleben wegen des Wegfalls von vorgeburtlicher Gesundheitsvorsorge und von Verhütungsvorsorge für Frauen.“ Wie der Bericht abschließend mitteilt, ist Bischof Royster gegenwärtig der Politische Direktor von PICO (People Improving Communities through Organizing – Menschen stärken Gemeinden durch Organisierung) – einer Vereinigung, die sich für eine unvoreingenommene Politik in Sachen Gesundheitsfürsorge, Immigration und soziale Gerechtigkeit einsetzt.

Die „Los Angeles Times“ hatte bereits am 24.2.2017 einen Leitartikel veröffentlicht, der sich mit „dem wirklichen Ziel der Trumpschen Politik“ befasst. Das beträfe die „Neugestaltung der US-amerikanischen Demografie“. Die Berater des Präsidenten würden hierzu auf die Veränderungen bei den Einwanderungswellen hinweisen, um ihre Zielsetzung zu rechtfertigen. In derselben Zeit, in der der europäische Einwanderungsanteil stetig sank, habe sich der Anteil der US-Bürger, die im Ausland geboren wurden, vervierfacht. 1960 lag ihr Anteil bei 9,7 Millionen. 2014 lag er bei 42,2 Millionen. Diese Veränderungen hätten den nationalistischen Teil des konservativen Lagers alarmiert. Trumps Berater Steve Bannon sähe in zu großer Vielfalt eine „Unterhöhlung der Nation“. Wie er mitgeteilt habe, sei ihr monokultureller Charakter das Herzensanliegen der Trump-Administration. Damit bekräftigt Bannon die Leitidee seines erzkonservativen Lehrmeisters Patrick Buchanan, der innerhalb der Republikanischen Partei schon immer die Hinnahme einer steten „Überfremdung der USA“ angeprangert hat.

nischen Partei schon immer die Hinnahme einer steten „Überfremdung der USA“ angeprangert hat.

.

Distriktrichter Orrick hat sich in seiner Entscheidung ganz bewusst auf die Auslegung des 10. Zusatzartikels zur US-Verfassung gestützt, die der Oberste Bundesgerichtshof in einigen berühmt gewordenen Rechtsstreitfällen entwickelt hat. In diesem Kontext kam es zur Formulierung der sogenannten Anti-Commandeering Doctrine (laut Tenth Amendment Center. States Don't Have to Comply: The Anti-Commandeering Doctrine). Hiernach reicht die bundestaatliche Macht lediglich in einige wenige zivilgesellschaftliche Bereiche. „Die meiste Macht und Autorität hat bei den Bundesstaaten und beim Volk zu verbleiben.“ Aber auch innerhalb des eigenen Machtbereichs kann die Bundesregierung nicht die Bundesstaaten und die sonstigen kommunalen Hoheiten zur Kooperation bei der Durchführung eigener Aufgaben zwingen. Die Bundesregierung kann sie nicht gegen ihren Willen zur Kooperation nötigen. Der Status der Bundesstaaten als unabhängige Souveräne im föderativen US-System verdankt sich der Einsicht, „dass die Freiheit durch die Etablierung zweier Regierungen vergrößert wird und nicht bloß durch eine“. In der US-Verfassungslehre gilt dieser Zusammenhang als „Zwei-Regierungs-System“. Das konservative Lager, dem sich diese spezifische Verfassungslehre hauptsächlich verdankt, steht nunmehr zunehmend vor der Frage, wie weit es aus faktisch rassistischen Motiven nach dem Motto: Make America white again! den Kurs der Trump-Administration noch unterstützen will. Immerhin zielt dieser Kurs faktisch auf ein „Ein-Regierungs-System“.

Hunno Hochberger, Bohmte

Internationaler Gewerkschaftsbund: Gewerkschaftsreport

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat seinen jährlichen Report zur Verletzung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten veröffentlicht. Die Zahl der Länder, in denen Beschäftigte und Gewerkschafter bedroht werden oder Gewalt ausgesetzt sind, hat sich im Vergleich zum Vorjahr erneut gesteigert. Die Zahl der Länder, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer körperlicher Gewalt und Drohungen ausgesetzt sind, hat sich in nur einem Jahr um zehn Prozent erhöht. Das geht aus dem „Global Rights Index 2017“ des IGB hervor.

Die 10 schlimmsten Länder: Der IGB hat außerdem wieder eine Liste mit den zehn schlimmsten Ländern der Welt für arbeitende Menschen veröffentlicht: Ägypten, Bangladesch, Guatemala, Kasachstan, Katar, Kolumbien, Philippinen, Südkorea, Türkei, VAE.

Tarifverhandlungen: In mehr als drei Viertel aller Länder teilweise oder komplett verweigert. Auch die weiteren Ergebnisse aus den insgesamt 139 untersuchten Ländern sind teilweise erschreckend:

- In mindestens elf Ländern wurden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet, wie etwa in Bangladesch, Brasilien, Kolumbien, Guatemala, Honduras, Italien, Mauretanien, Mexiko, Peru, den Philippinen und Venezuela.
- In 84 Ländern sind Beschäftigte vom Arbeitsrecht ausgeschlossen.
- In mehr als drei Vierteln der Länder wird einigen oder allen Beschäftigten das Streikrecht verweigert.
- In mehr als drei Vierteln der Länder werden einigen oder allen Beschäftigten Tarifverhandlungen verweigert.
- 50 Länder beschränken die Rede- und Versammlungsfreiheit.

www.dgb.de, 13.6.2017

Finnland: Streik bei der Meyer-Werft

„Im finnischen Turku sind knapp 1000 Angestellte der Werft Meyer Turku am Donnerstag, 15.6., und Freitag, 16.6., in einen Streik getreten. Sie protestierten damit gegen ihre Arbeitsbedingungen und werfen der Leitung des Tochterunternehmens der Papenburger Meyer Werft Schikane und eine schädliche Arbeitsatmosphäre vor, wie Gewerkschaftsvertreter finnischen Medien sagten. Der Ausstand wurde demnach einstimmig bei einer Versammlung der Angestellten beschlossen und soll bis zum Ende der Woche andauern“ – so der Bericht der AFP. Die Meyer Werft bedauerte den

Ausstand. Das Unternehmen war 2014 in den finnischen Markt eingestiegen und hatte den Mitbewerber STX Finnland in Turku übernommen.

www.noz.de, 19.6.2017

Österreich: Vertragsloser Zustand im Druckergewerbe

„Die Stimmung in den Betrieben ist aufgrund des kollektivvertragslosen Zustandes in der Brache sehr aufgeheizt. Die Beschäftigten können nicht verstehen, dass sich von Seiten der Arbeitgeber niemand für ihren Kollektivvertrag zuständig erklärt“, so der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) Wolfgang Katzian. Katzian warnte in diesem Zusammenhang auch jene Arbeitgeber, die die aktuelle Unsicherheit ausnutzen wollen, um innerbetrieblich das bestehende arbeitsrechtliche Niveau zu unterminieren. Die rund 9 500 Beschäftigten des grafischen Drucks müssen aktuell ohne einen gültigen Kollektivvertrag arbeiten. Das Bundesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsförderung hat dem Antrag des Verbands Druck & Medientechnik, nicht länger Kollektivvertragspartner sein zu wollen, Mitte Juni stattgegeben.

www.oegb.at, 26.6.2017

Slowakei: Streik bei Volkswagen

Bei Volkswagen in der Slowakei haben Tausende Mitarbeiter für eine kräftige Lohnerhöhung gestreikt. Sie versammelten sich am 21.6. vor dem VW-Werk in Bratislava und forderten 16 Prozent mehr Lohn. Der Autobauer hatte 4,5 Prozent mehr in diesem und 4,2 Prozent mehr im kommenden Jahr angeboten, am Dienstag erhöhte er sein Angebot. „Es geht nicht ums Geld. Es geht um den Anstand des Unternehmens“, sagte einer der Streikenden, Stanislav Galva. VW habe „solch große Profite“, die das Unternehmen mit den Arbeitern teilen müsse. Gewerkschaftschef Zoroslav Smolinsky sagte, bis zu 8600 der 12300 Beschäftigten hätten die Arbeit niedergelegt. Die VW-Arbeiter seien bereit, mehr als nur einen oder zwei Tage zu streiken. Eine Sprecherin von VW Slovakia hatte die Forderungen der Gewerkschaft am 19.6. als „unakzeptabel“ bezeichnet. Am Dienstag erhöhte der Autobauer sein Angebot auf 8,9 Prozent mehr Geld. Die Linken-Politikerin Jutta Krellmann begrüßten den Ausstand in Bratislava. Konzerne, die in Billiglohnländern produzieren ließen und nicht bereit seien, den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen, „handeln unmoralisch“, erklärte die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion. Nach einem sechstägigen Streik hat



sich das Management eigenen Angaben zufolge mit der Gewerkschaft auf einen Lohnabschluss geeinigt. Der Kompromiss sieht eine Lohnerhöhung von 13,5 Prozent mit Laufzeit bis August 2019 vor. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 500 Euro. Es ist die erste Arbeitsniederlegung bei VW in der Slowakei. Der Streik wurde von der Regierung unterstützt, die sich für höhere Einkommen einsetzt. Nach Gewerkschaftsangaben verdienen die VW-Beschäftigten im Schnitt 1800 Euro im Monat einschließlich Boni. Das sei zwar das Doppelte des Durchschnittseinkommens in der Slowakei. Die VW-Kollegen in Deutschland bekämen aber für vergleichbare Arbeit mit 4200 Euro deutlich mehr.

www.labourstart.org, 26.6.2017

Spanien: Angriffe auf Streikrecht

In Spanien setzt die rechte Regierung von Mariano Rajoy ihre Angriffe auf das Streikrecht fort. Eineinhalb Jahre, nachdem acht Gewerkschafter von der Anklage wegen Teilnahme an dem gegen die Sparpolitik ausgerufenen Generalstreik von 2010 freigesprochen wurden, droht jetzt zwei Gewerkschaftsvertretern wegen ihrer Teilnahme am Generalstreik von 2012 eine Haftstrafe von bis zu sieben Jahren. Die UGT-Betriebsvertrauensleute Rubén Ranz und José Manuel Nogales stehen am 7. Juli wegen Anklage nach Artikel 315.3 vor Gericht, einem legislativen Überbleibsel des Strafrechts aus der Franco-Ära, das die Rajoy-Regierung wiederbelebt hat. Sie wurden im Rahmen eines Polizeieinsatzes gegen eine friedliche Informationskundgebung verhaftet, die am Abend des Generalstreiks vom 29. März 2017 in Madrid stattfand. Am 21. Juni riefen die Gewerkschaftsverbände CC.OO und UGT zu einer Großkundgebung im Zentrum von Madrid auf, um die anhaltende Kriminalisierung des Streikrechts durch die Rajoy-Regierung zu verurteilen.

www.iuf.org, 28.6.2017

Griechenland: Müllabfuhr im Streik

Die Müllberge auf Athens Straßen werden stetig höher. An einigen Stellen zieht bereits ein unangenehmer Geruch durch



die Metropole. Hintergrund ist ein seit dem 19.6. anhaltender Streik der Mitarbeiter der Stadtreinigung. Sie kämpfen darum, dass Angestellte mit Zeitverträgen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Vom Ausstand sind auch andere Gemeinden in Griechenland betroffen. Vorangegangen war eine Entscheidung des Rechnungshofes. Er hat die normalerweise übliche Verlängerung der Zeitverträge als verfassungswidrig eingestuft. Innenminister Panos Skourletis hat bereits signalisiert, dass die betroffenen Mitarbeiter nun verbeamtet werden sollen. Der Streik findet auch an anderen Orten statt und – er findet überhaupt – trotz der Versicherung des Ministers – statt, weil die Übernahme schon mehrfach versprochen worden war (die EU aber hat auch für Einstellungen im öffentlichen Dienst eine Obergrenze diktiert). Teilweise haben die Mitarbeiter der Stadtreinigung bereits Mülldeponien besetzt; am 21.6. verwehrten sie einigen Fahrzeugen die Zufahrt zur Großdeponie bei Fyli im Norden der Hauptstadt. Gleichzeitig weisen die Organisatoren darauf hin, dass eine Müllentsorgung in besonders sensiblen Bereichen, wie etwa die Umgebung von Krankenhäusern oder Wochenmärkten weiterhin erfolgt.

www.griechenland.net, 22.6.2017

Türkei: Glasarbeiter erringen Erfolg

Şişecam A.Ş. ist ein Industriekonzern mit den Hauptaktivitätsfeldern der Glas- und Chemieproduktion. 13 Tage dauerte der Kampf der Sisecam-Belegschaften, an dem sich in allen Werken der Türkei rund 6000 Beschäftigte beteiligten, die nach ihrem jeweiligen „Dienst nach Vorschrift“ die Fabriken nicht verließen, sondern stattdessen Kundgebungen auf dem Werksgelände abhielten. Dann lenkte das Unternehmen ein und verhandelte am 8. Juni 2017 mit der Gewerkschaft Kristal-Is – und die Regierung, die sich einmal mehr eifrig auf die Seite des Kapitals geschlagen und ein faktisches Streikverbot ausgesprochen hatte (in Form befohlener Zwangsschlichtung, inklusive monatelanger Aussetzung des Streiks), sieht sich blamiert: Die lächerlicherweise zur Begründung des Streikverbots einmal mehr bemühte „nationale Sicherheit“

wurde durch das Einlenken des Unternehmens bewahrt. In einer Meldung von IndustriAll wird berichtet, das Unternehmen habe einen Vertrag unterzeichnet, der eine durchschnittliche Lohnnerhöhung von 16,4% ebenso beinhalte wie eine stärkere Anhebung für die unteren Lohngruppen, zusätzliches Urlaubsgeld und weitere Verbesserungen. Die im Mai offiziell angegebene Inflationsrate in der Türkei betrug 11,3 %.

www.industrialunion.org, 14.6.2017

Ägypten: Gefängnis wegen Übernahmeforderung

Im Mai 2017 protestierten die Beschäftigten des Sicherheitsdienstes der Tora-Zementwerke in Kairo mit einem Sit-In: Weil das Unternehmen ein Urteil eines Bezirksgerichtes seit einem Jahr schlichtweg ignorierte, das ihnen die Übernahme in das Unternehmen zusprach – nach bis zu 15 Jahren Zeitarbeit. Die Reaktion, typisch für die Al-Sisi Regierung, war eindeutig: Ein massiver Polizeiüberfall, bei dem die festgenommenen Arbeiter auch auf der Wache noch geschlagen wurden. Und ein regelrechtes Schnellverfahren, in dem am 6. Juni 2017 nicht weniger als 32 Kollegen zu jeweils drei Jahren Haft verurteilt wurden, inklusive zwangsweiser körperlicher Arbeit während der Strafe. Der ägyptische Unrechtsstaat erlaubt es noch nicht einmal, für die Verwirklichung von Urteilen zu demonstrieren. Jetzt hat eine internationale Solidaritätskampagne mit den 32 verurteilten Kollegen begonnen. Die Petition „Free the Workers of Tourah Cement Egypt“, seit dem 14. Juni 2017 bei change.org, richtet sich sowohl an das Justizministerium als auch an das Arbeitsministerium Ägyptens – und an den Chefmanager der HeidelbergCement, das Unternehmen, zu dem die Tora-Werke gehören

www.change.org 16.6.2017

West-Papua: Arbeiter wegen Streik entlassen

Die US-Firma Freeport-McMoRan entließ im vergangenen Monat 3000 Arbeiter der Grasberg-Kupfer- und Goldmine in West-Papua, dem indonesischen Teil Neuguineas. Die Entlassungen verletzen die Grundrechte der Arbeitnehmer, die Tarifvereinbarung und das indonesische Recht. Die Arbeiter hatten gegen die einseitige Entscheidung des Unternehmens gestreikt, sie langfristig zu beurlauben. Der Konflikt hatte sich auf Java verbreitet, wo über 300 Arbeiter bei einem Joint Venture zwischen Freeport und Mitsubishi, als PT Smelting bekannt, das Kupfer von Grasberg verarbeitet. Die indonesische Regierung kann Freeport

und Mitsubishi nicht erlauben, Arbeiter auf diese Weise zu missbrauchen. Die Bergbau- und Metall-Gewerkschaften rund um den Globus haben verlangt, in Indonesien ein eigenes Gesetz durchzusetzen und das Recht zu streiken zu verteidigen, bisher ohne Erfolg. IndustriALL hat zu einer Online-Kampagne in Solidarität mit den Arbeitern aufgerufen

www.labourstart.org, 19.6.2017

Kolumbien: Lehrerstreik für öffentliches Bildungssystem

Seit dem 11. Mai hatten mehr als 300 000 Lehrerinnen und Lehrer der öffentlichen Schulen ganz Kolumbiens den Streikauf ruf der Federación Colombiana de Educadores (Fecode) befolgt. „Seit zwei Wochen verhandeln Vertreter des Fecode und der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos nun schon über die genannten Forderungen. Bisher blieben diese Verhandlungen ohne Erfolg. Obwohl der Präsident nicht von seiner Äußerung, es gebe kein Geld, abrückt, ist die Botschaft unserer Gemeinschaft klar: Der Lehrer streik geht weiter, bis die Regierung eine gute Verhandlung verspricht. Dies ist ein Kampf für die öffentliche Bildung“, betonte Fecode in einer Stellungnahme. Inmitten der Proteste und Verhandlungen wurde bekannt, dass seit Beginn des Streiks drei Lehrpersonen durch Schuss waffen getötet wurden und eine Lehrerin seit dem großen Protest in Bogotá als vermisst gilt. Fecode richtete sich in einem Brief direkt an die Regierung und forderte Aufklärung darüber, „ob die Todesfälle in direktem Zusammenhang mit dem Engagement der Opfer bei den Lehrerprotesten stehen“. Nach dem Höhepunkt des „Marsches auf Bogota“ am 6. Juni 2017 war die Regierung Kolumbiens faktisch gezwungen, eine Reihe der Forderungen der Beschäftigten zu erfüllen – nachdem bei 300 000 Streikenden sich über 400 000 Menschen an dieser ganztägigen Großdemonstration beteiligt hatten, war allgemein deutlich geworden, dass dieser Streik – trotz aller Propaganda der Regierung und ihr nahestehender Medien gegen ihn – massive Unterstützung auch der SchülerInnen und Eltern genoss. Neben den Lohnforderungen wurden auch Zugeständnisse gemacht in Bezug auf den Zugang von Kindern zu diesen Schulen – eines der gesellschaftlichen Anliegen dieser Streik bewegung, von der stets unterstrichen worden war, dass sie auch der Verteidigung und Verbesserung des öffentlichen Schulsystems gelte.

amerika21.de, 14.6.2017; www.telesurtv.net,
19.6.2017

Zusammenstellung: Edith Bergmann



EU-Parlament drängt auf Regeln gegen Ausbeutung von Arbeiter_innen

BIELEFELD. Am 27. April stimmte das europäische Parlament mit großer Mehrheit für rechtlich verbindliche Sorgfaltspflichten und Transparenz. Die Abgeordneten schlagen eine Reihe von Maßnahmen vor.

- Verbindliche Sorgfaltspflichten: Die EU sollte einen Gesetzesvorschlag für ein verpflichtendes System verbindlicher Sorgfaltspflichten auf Grundlage der OECD-Richtlinien vorlegen, ähnlich wie für die sogenannten „Blutmineralien“, das die gesamte Lieferkette abdeckt;
- an Bedingungen geknüpfte Handelspräferenzen: Die EU sollte sicherstellen, dass Textil exportierende Länder mit bevorzugtem Zugang zum EU-Markt den Verpflichtungen nachkommen und nachhaltige Textilien produzieren, während sich die Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen zu Partnerländern für die Rechte der Arbeitnehmer einsetzen soll-

ten;

- Gütezeichen für Kleidung: Die „gesellschaftlichen Auswirkungen der Produktion“ an der Kleidung sichtbar zu machen kann zur Herbeiführung nachhaltiger Veränderungen beitragen
- Vorbilder: die EU-Institutionen sollten in ihrer öffentlichen Beschaffung von Textilien mit gutem Beispiel vorangehen. Die Entschließung wurde mit 505 Stimmen angenommen, bei 49 Gegenstimmen und 57 Enthaltungen. Wegweisend ist, dass das europäische Parlament die europäische Kommission dazu aufruft, eine Gesetzesvorlage zu rechtlich verbindlicher Sorgfaltspflicht für Lieferketten im Bekleidungssektor zu erarbeiten. Zudem hat das europäische Parlament die Kommission aufgefordert, eine neue Initiative zu verbindlicher Offenlegung von Produktionsstätten ins Leben zu rufen. www.saubere-kleidung.de/

Aufruf: Grenzenlose Solidarität statt G 20!

Es läuft etwas gehörig falsch auf der Welt:
• Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Irak oder der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen. 1,8 Billionen Euro werden jährlich für Rüstung und Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen die Rüstungsexporte.

• Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die Grenzen Europas und Deutschlands sind wieder abgeschottet. Auf der Suche nach Sicherheit ertrinken Tausende Menschen im Mittelmeer, das zur tödlichsten Grenze der Welt geworden ist.

• Rassismus und offener Hass nehmen in vielen Ländern der Welt zu – auch in Deutschland. Die Wahrheit ist kein Kriterium mehr, alles wird behauptet und herbei gelogen, wenn es nur Ängste und Vorurteile schürt. Die herrschende Politik gibt diesen Stimmungen nach und befeuert sie noch. Inzwischen werden Geflüchtete sogar in Kriegsgebiete wie nach Afghanistan abgeschoben.

• Der menschengemachte Klimawandel ist eine unbestreitbare und bedrohliche Realität. Seine Auswirkungen sind schon heute spürbar und treffen vor allem diejenigen Menschen und Länder, die ihn am

wenigsten verursacht haben. Dennoch passte die Bundesregierung ihren Klimaschutzplan den Interessen der Braunkohle-Industrie an. Im Weißen Haus sitzt mit Donald Trump sogar ein Präsident, der den Klimawandel für eine Lüge hält.

• Die soziale Spaltung hat dramatische Ausmaße erreicht. Gerade einmal 8 Männer haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Spaltung gibt es nicht nur im globalen Maßstab, sie durchzieht nahezu alle Gesellschaften, auch die deutsche. Millionen Menschen müssen sich mit Niedriglöhnen durchschlagen, haben keinerlei Aussicht auf eine existenzsichernde Rente, müssen um die wenigen bezahlbaren Wohnungen konkurrieren. Anstatt diese Probleme anzugehen, werden sie mit Freihandelsabkommen wie EPA, CETA, TISA oder TTIP noch verschärft.

Am 7. und 8. Juli wollen sich die politisch Verantwortlichen für dieses menschliche und soziale Desaster in Hamburg treffen. Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G 20-Staaten über „Bekämpfung von Fluchtursachen“, aber keines der großen Herkunftsänder sitzt am Tisch. Sie re-

den über „Partnerschaft mit Afrika“, aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegsführenden und rüstungsproduzierenden Staaten. <http://g20-demo.de/de/aufruf/>

Lobbyismus muss fair und transparent sein

BERLIN. Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass Wirtschaft und Interessenverbände übermäßig und ungestört Einfluss auf politische Entscheidungsträger nehmen. Transparency International Deutschland e.V. und LobbyControl fordern in einem heute veröffentlichten Zehn-Punkte-Papier schärfere Regeln und mehr Transparenz beim Lobbyismus. Dies sei nötig, um verloren gegangenes Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen. Die zehn Vorschläge richten sich sowohl an die Interessenvertreter als auch an die Politik. In einem gemeinsamen Positionspapier fordern die Organisationen ein verpflichtendes Lobbyregister, die Einsetzung eines Transparenz-Beauftragten und einen Legislativen Fußabdruck ... Auch die Regelungen im Hinblick auf Interessenkonflikte sind verbesserungswürdig. Um die Unabhängigkeit der Abgeordneten und Parteien von Einzelinteressen nicht zu gefährden, müssen nebenberufliche Tätigkeiten besser geregelt und mehr Transparenz bei Parteispenden und -sponsoring geschaffen werden. Die Erarbeitung von Gesetzen ist Aufgabe der Legislative und der Exekutive. Vor diesem Hintergrund fordern LobbyControl und Transparency Deutschland, dass externe Beratungsleistungen im Rahmen des legislativen Fußabdrucks dokumentiert werden müssen. Grundsätzlich sollte die Beschäftigung externer Interessenvertreter in Bundesministerien und Bundesbehörden beendet werden. Schließlich sollte bei der Besetzung von Beratungsgremien eine Verpflichtung zur Veröffentlichung der personellen Zusammensetzung und die Einführung von obligatorischen Interessenerklärungen ihrer Mitglieder verankert werden. Transparency International und LobbyControl werden den Bundestagswahlkampf in den kommenden Wochen weiter begleiten. Das gemeinsame Ziel ist es, dass die Forderungen verbindlich und nicht nur als Fußnote im Koalitionsvertrag vereinbart werden. Wer immer nach dem 24. September auf Bundesebene regiert, muss sich ordentlich ins Zeug legen, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

<https://www.mehr-demokratie.de>

Umsteuern: Armut stoppen – Zukunft schaffen.

BERLIN. Gemeinsamer Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit. Eine gerechte Steuerpolitik, gute Arbeit statt prekäre Beschäftigung und Sozialleistungen, die zum Leben reichen – das fordern die Veranstalter des zweiten Armutskongresses in ihrem gemeinsamen Aufruf. Der Paritätische Gesamtverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Nationale Armutskonferenz wollen damit anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl zeigen, auf welche Politik es ankommt, um Armut wirkungsvoll einzudämmen. Unterstützt wird der Aufruf von 13 weiteren Sozial-, Wohlfahrts- und Fachverbänden sowie gewerkschaftlichen Organisationen.

<https://www.nationale-armutskonferenz.de>

Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft werden immer weniger eingelöst

BERLIN. Das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, wer sich anstrengt und sich bildet, kann auch sozial aufsteigen, wird trotz der anhaltend guten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland immer weniger eingelöst, so der Befund des aktuellen Jahresgutachtens des Paritätischen Gesamtverbandes zur sozialen Lage in Deutschland. Der Bundesregierung sei es nicht gelungen, Armut und Ungleichheit spürbar zu reduzieren und mehr soziale Aufwärtsmobilität zu ermöglichen, so das Ergebnis zahlreicher Studien, die der Paritätische für das Jahresgutachten ausgewertet hat ... Wachsende soziale Verwundbarkeit lasse sich nicht nur in einzelnen, vorübergehenden Lebensphasen beobachten, sondern bestehe heute über die gesamte Biografie und sogar generationenübergreifend. Der Ausgrenzungsprozess beginne schon in der Kindheit. „Die seit Jahren relativ stabile Zahl von etwa 2,5 Millionen Kindern und Jugendlichen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, bestätigt nachdrücklich nicht nur das Versagen der bestehenden Sicherungssysteme, sondern auch das fehlende Interesse, daran etwas zu ändern“, so Rosenbrock. Armut und wachsende soziale Ungleichheit seien mit Chancengleichheit und sozialer Aufwärtsmobilität nicht vereinbar. Der Paritätische fordert in seinem Jahresgutachten eine „Agenda des Sozialen“, die u.a. eine nachhaltige Bildungsoffensive, einen sozialen Arbeitsmarkt, der Langzeitarbeitslosen Chancen eröffnet, eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze in Hartz IV sowie eine durchgreifende Rentenreform enthalten muss. <http://www.der-paritaetische.de/presse/>

Gegen den Aufrüstungswahn der Großen Koalition

BERLIN. „In einer wahren Aufrüstungsorgie haben CDU/CSU und SPD heute Beschaffungsvorhaben im Wert von rund 13 Milliarden Euro im Hausruckverfahren durch den Verteidigungsausschuss gepeitscht. Die 23 Vorlagen mit einem Umfang von über tausend Seiten lagen den Ausschussmitgliedern nicht einmal eine Woche lang vor. Von diesem überstürzten Verfahren profitiert nur die Rüstungsindustrie“, erklären die Mitglieder der Fraktion Die Linke im Verteidigungsausschuss, Christine Buchholz, Alexander Neu und Katrin Kunert.

Christine Buchholz, verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion, sagt weiter: „Der Versuch von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die Bundeswehr mit Kampfdrohnen vom Typ Heron-TP für über eine Milliarde Euro auszustatten, ist gerichtlich aufgehalten worden. Doch aufgeschnitten ist leider nicht aufgehoben. Die SPD hat sich heute im Verteidigungsausschuss überrascht gegeben, dass diese unbemannten Fluggeräte auch bewaffnet werden können. Sie will damit verschleiern, dass sie in den letzten drei Jahren jeden Schritt der Verteidigungsministerin zur Beschaffung

und Entwicklung von Kampfdrohnen mitgetragen hat. Wenn die SPD es mit ihren neuen Zweifeln an der Heron-TP ernst meint, dann stimmt sie mit der Linken bei Neuvorlage des Vorhabens mit Nein. Die Linke lehnt grundsätzlich den Einstieg in eine Technologie ab, die vornehmlich dazu dient, per Fernbedienung Menschen in fernen Ländern ohne Anklage hinzurichten.“ Alexander S. Neu, Obmann der Fraktion im Verteidigungsausschuss: „Die Beschaffung von fünf zusätzlichen Korvetten vom Typ K130 für rund 2,5 Milliarden Euro ist ein Skandal. Die Koalition ignoriert sowohl die Kritik des Bundesrechnungshofs als auch des Kartellamts am Vorgehen des Verteidigungsministeriums. Der Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung hat die beteiligten Rüstungsunternehmen in die Lage versetzt, dem Bund einen völlig überhöhten Preis zu diktieren. Die Bundesregierung hat so zum wiederholten Male zum eigenen Nachteil und zum Nutzen der Rüstungsindustrie das Vergaberecht umgangen. Die Linke lehnt die Beschaffung der Korvetten sowohl aus diesen als auch aus friedenspolitischen Gründen ab.“ ... <https://www.linksfraktion.de/start/>

Migrant_innen besseren Schutz bieten, mehr reguläre Migrationswege schaffen

BERLIN. Eine Woche vor Beginn des Global Forum on Migration and Development (GFMD) in Berlin fordert der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) einen besseren Schutz für Migrant_innen und größeren Respekt für deren Entscheidung, auszuwandern. Darüber hinaus müssen als Alternative zu lebensgefährlichen Fluchtwegen, beispielsweise über das Meer, deutlich mehr reguläre Migrationswege geschaffen werden. „Es gibt das Recht zu bleiben, aber auch das Recht zu gehen – und zwar auf der ganzen Welt, hier wie dort. Wer bleibt, soll bessere Lebenschancen bekommen; wer sich entschließt zu gehen, soll dies in Sicherheit tun können. Wir brauchen dringend einen Politikwechsel, damit keine Menschen mehr von Konflikten und Hungersnöten zur Flucht gezwungen werden. Gleichzeitig müssen wir alle Menschen schützen, die sich auf den Weg machen, weil sie sich ein besseres Leben für sich und ihre Familien erhoffen“, betont Bernd Bornhorst, Vorsitzender von VENRO. „Dazu gehört, dass wir deutlich mehr reguläre Migrationswege schaffen als Alternati-

ve zu lebensgefährlichen Fluchtwegen, zum Beispiel über das Meer. Die globalen Krisen unserer Zeit können nur durch eine gerechte Gestaltung der Globalisierung angegangen werden. Die Politik der Mauern und Grenzzäune, mit der sich die Europäische Union und zahlreiche G20-Staaten abschotten, steht im direkten Widerspruch dazu.“ <http://venro.org/presse.html>

Integration von Geflüchteten muss im Mittelpunkt stehen

BERLIN. Den OECD-Migrationsbericht 2017 kommentiert die Vorsitzende der Partei Die Linke, Katja Kipping: „Die Abschottung Europas gegenüber Asylsuchenden ist nach wie vor aufs Schärfste zu verurteilen. In den OECD-Ländern und in Deutschland muss die Integration der Geflüchteten im Mittelpunkt stehen ... Die Verunglimpfung und Kriminalisierung von NGOs und Retteterinnen und Rettern, die ihr Leben im Mittelmeer einsetzen, um Geflüchteten zu helfen, ist fatal und ethisch fragwürdig ... Ein Stopp aller Waffenexporte aus Deutschland und gezielte infrastrukturelle Verbesserungen in Schwellen- und Entwicklungsländern durch Förderprogramme müssen die neue Realität sein.“ www.die-linke.de

Mieter und Anwohner in Norderstedt: Menschlich Wohnen sieht anders aus

Vom Dorf zur Stadt – 50 Jahre Bauboom

Norderstedt, in der Nähe von Hamburg, aber zu Schleswig-Holstein gehörig, bestand bis 1970 aus fünf kleinen Dörfern am Endpunkt des alten Ochsenweges. Heute noch nennt sie sich stolz „Stadt im Grünen“, gehört aber mit seinen etwa 80 000 Einwohnern seit langem zum industriellen „Speckgürtel“ im Umland der Großstadt an der Elbe. Nahe am Flughafen gelegen, hat es ab den frühen sechziger Jahren acht große Gewerbegebiete entstehen und gleichzeitig entsprechende Wohnanlagen mit Hochhäusern bauen lassen. In seinem Stadtteil Friedrichsgabe gibt es seit den sechziger Jahren das Wohnquartier der Baugenossenschaft Neue Lübecker (NL) mit etwa 164 Wohnungen am Friedrichsgaber Weg, Röntgengang und Sauerbruchring. Hier zogen damals vor allem die von Gabelstapler-Firma Jungheinrich AG dringend benötigten Arbeitskräfte aus dem damaligen Jugoslawien, Griechenland, Italien und vor allem der Türkei ein. Ihre Unterkünfte lagen in der Nähe des Betriebes und wurden von diesem auch finanziell, z.B. durch Übernahme der Käutionen, unterstützt. Die KollegInnen ließen ihre Familien nachkommen oder gründeten hier welche, und die meisten von ihnen blieben wegen der bis jetzt zu zahlenden günstigen Miete auch ein halbes Jahrhundert hier wohnen. Nun sind sie alt geworden und in Rente gegangen und die Wohnungen reif für eine Sanierung, für Abriss und Neubau. Aber erstmalig gibt es hier nun auch Mieter-Probleme.

Aufgepasst am Friedrichsgaber Weg beim Bauen, Modernisieren, Umziehen und Miete zahlen!

Am 18. Juni 2013 lud die NL ihre Mieterinnen und Mieter zu einer Informationsversammlung in ein Zelt auf der Wiese am Friedrichsgaber Weg (FGW) ein. Was sie plante, stieß sofort auf breite Empörung. Denn es sollten nicht nur die bisherigen drei Hochhäuser und die zahlreichen Flachbauten baulich und energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden, sondern sechs neue Blocks zwischen die bisherigen Häuser gequetscht, und eins davon sogar auf den einzigen größeren Rasen neben dem Spielplatz gestellt werden. Natürlich mit Zustimmung der Stadt Norderstedt, die unter dem Druck, neuen Wohnraum schaffen zu müssen, zurzeit 2000 Bauprojekte in Planung hat. Allein am Friedrichsgaber

Weg sollen zu den 167 Wohneinheiten gleich 143 neue hinzukommen. Eine unzumutbare Verdichtung von über 40% in dieser nördlichen Ecke der Stadt, die – anders als in den frühen Jahren der Bebauung – kaum noch über eine funktionierende Infrastruktur verfügt. Es fehlen die einst vorhandenen kleinen Einkaufsgeschäfte, die Apotheke, der Frisörladen und die Gastwirtschaft. Nicht wenige BewohnerInnen müssen – wenn denn das dringend notwendige Auto fehlt – mit dem Rollator gut zwei Kilometer bis zum nächsten Supermarkt einkaufen gehen. Angesichts dieser Lage schlossen sich gleich nach der Versammlung ein Dutzend Mieterinnen und Mieter spontan zu einer „Mieter-Initiative-FGW (wie Friedrichsgaber Weg)“ zusammen und einigten sich unter anderem auf die Forderungen: „Keine Modernisierung auf unsere Kosten – keine Erhöhung unserer Mieten – kein Haus auf unseren Rasen!“ und gingen mit dem Flugblatt „Aufgepasst am Friedrichsgaber Weg...“ bereits im November 2013 an die Presse und die Öffentlichkeit.

Lebenslanges Wohnrecht und nicht mehr als ein Euro Mieterhöhung

Klugerweise nahmen die Mieterinnen und Mieter zu verschiedenen politischen und sozialen Organisationen engen Kontakt auf. So z.B. zum Bau- und Sozialamt, zu dem örtlichen Mieterverein Norderstedt e.V. und dem Seniorenbeirat der Stadt Norderstedt, der sich besonders um Wohnungsfragen kümmern wollte. Zunächst gelang auch der Kontakt zu einigen Parteien und Fraktionen der Stadt Norderstedt: den Linken, den Grünen, der SPD und der Bürgerpartei WIN – CDU und FDP reagierten nicht. Erfreulicherweise nahm auch die Norderstedter Presse, das örtliche Fernsehen NOA4 und die „Norderstedter Zeitung / Hamburger Abendblatt“, dank unserer regelmäßigen Informationen bald von uns Notiz.

Schließlich kamen dadurch direkte Gespräche mit dem Vorstand der Neuen Lübecker zustande und es wurde festgelegt: Alle MieterInnen, die genossenschaftlich bei der NL organisiert sind, besitzen ein „lebenslanges Wohnrecht“. Für MieterInnen, die erst jetzt neu einzögen, würde das Mietniveau für eine sanierte Wohnung bei 9,01 Euro plus ca. 0,70 Euro Nebenkosten bedeuten. Für die „alten“ MieterInnen gelte aber auch nach der Modernisierung nur ein Quadratmeter-Preis von 6,20 Euro plus Nebenkosten.

Das bedeutete grundsätzlich, wie es die NL denn auch vehement öffentlich in ihrem Geschäftsbericht und in der Presse bestätigte, dass die Erhöhung der bisherigen Miete für die „Genossenschaftler“ nicht mehr als 1,00 Euro betragen werde. Das war für eine zweieinhalb Zimmerwohnung schon eine Ersparnis von mehreren Hundert Euro! Außerdem blieben die bisher erworbenen Genossenschaftsanteile erhalten. Für die Zeit der Sanierung stellte die Neue Lübecker eine Ersatzwohnung zur Verfügung, ohne zusätzliche Mietkosten, auch wenn diese größer war. Die erforderlichen zweimaligen Umzugskosten trug die NL ebenfalls. Ein dazu gemeinsam ausgearbeiteter Vertrag galt allerdings nur, wenn er jeweils „persönlich“ unterzeichnete wurde. Ein beachtlicher Erfolg.

Nun auch noch ein „Starterhaus“ auf den Rasen

Für 2018 ist der weitere Abriss mehrerer Flachbauten direkt am Friedrichsgaber Weg vorgesehen. Sie sollen aber – wie oben bereits erwähnt – nicht nur wieder aufgebaut und ersetzt, sondern eine neue Häuserzeile von fünf Blocks soll ihnen „vor ihrer Nase“ gestellt werden. Abendsonne ade! Ließe sich dieses vielleicht noch zähneknirschend hinnehmen, ist der Plan eines weiteren „Starterhauses“ mitten auf dem einzigen größeren Rasen in diesem Gelände nicht mehr zuverlässig und stieß auf große Empörung. Jetzt schlossen sich auch die Anwohner von Eigenheimen am Röntgengang und Sauerbruchring der Initiative an und forderten gemeinsam: „Kein Haus auf unseren Rasen“. Dieser Platz ist für Kinder, Jugendliche und alle Nachbarn der einzige Ort, wo man sich „vor der Haustür treffen kann“. Und klar wird inzwischen auch von Städtebauern, Architekten und Politikern und in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen vertreten: Wohnen muss menschlich soziales Leben ermöglichen, Mieter und Anwohner brauchen Licht, Luft und Sonne. Grünflächen müssen bleiben! Außerdem, wo so viele neue Wohnungen gebaut werden sollen, müssen nach gesetzlichen Schlüssel von 1,2-1,5 pro Wohneinheit entsprechend auch weitere Parkplätze geschaffen werden. Der einstige freie Parkplatz fällt weg, weil dort fünf neue Häuser stehen werden und die von der NL geplante Untertage-Garage wird bei weitem für zukünftig insgesamt 300 Wohneinheiten kaum ausreichen. Darf es vielleicht ne-

ben dem Starterhaus auf dem Rasen sein oder am jetzt schon völlig überfüllten Röntgengang, wie die dort wohnenden Hausbesitzer vermuten? Man sieht es deutlich und hört es munkeln: Schon jetzt kommen die notwendigen Baufahrzeuge kaum durch und die Feuerwehr hat wegen einer schnellst möglichen Zufahrt ihre Bedenken geäußert.

Die Stadt Norderstedt gegen ihre BürgerInnen

Bei dem jetzt geäußerten Protest haben es die Betroffenen nicht mehr nur mit der Baugenossenschaft der Neuen Lübecker zu tun, sondern vor allem mit der Stadt Norderstedt, die über den dafür zuständigen Bebauungsplan B-293 zu entscheiden hat. Die NL ließ sogar in einem Gespräch mit der Initiative verlauten, dass sie anstelle dieses Hauses zu bauen, eigentlich lieber die vorderen Wohnblocks um eine entsprechende Anzahl von Stockwerken hätte erhöhen wollen. Das wäre für sie sogar kostengünstiger als ein Neubau auf der Wiese. Eine heute in allen Großstädten bereits praktizierte Lösung, die übrigens auch in Norderstedt angewendet wird. Dies ist z.B. an der Universität Darmstadt anlässlich eines wissenschaftlichen Projektes zum Wohnungsbau in Bochum, Darmstadt und Norderstedt auch der hiesigen Stadt empfohlen worden. Abgelehnt, Euer Ehren! Jedenfalls bisher durch den Oberbürgermeister Joachim Grote (demnächst „Polizeiminister“ für die CDU in Kiel) und dem Ersten Stadtrat und der Chef der städtischen Planung, Herrn Bosse. Letzterer wollte hier kein „Klein Manhattan“ haben, so sagte die Neue Lübecker bedauernd. Wahrscheinlich ist dieser städtische Bauplan ihnen aber doch ganz recht. Denn sie wollen das Haus auf dem Rasen nun zusätzlich als „Starter-Haus“ nutzen, wo sie 20 MieterInnen während der Zeit des Abrisses von Wohnungen übergangsweise wohnen lassen könnten. Dabei hat die Neue Lübecker – wie oben berichtet – dieses Problem in den vergangenen drei Jahren Bausanierung doch ganz anders gelöst. War ein Hochhaus fertig gestellt, konnten dort übergangsweise diejenigen MieterInnen unterkommen, die bei der folgenden Sanierung wiederum für einige Monate auf die Fertigstellung ihrer Wohnung warten mussten. Eine Farce, dafür jetzt plötzlich ein ganz neues Haus zu erstellen! Und noch dazu auf dem einzigen Rasenplatz. Na klar – das bringt

ihnen ja schließlich für die nächsten 50 Jahre weitere satte Mieteinnahmen!

Doch der eigentliche Kontrahent dieses unzumutbaren Bauplanes ist damit seit über einem Jahr die Stadt Norderstedt, die die Flächen als Baugrund bewilligen muss. Leider ziehen dazu auch sämtliche Parteien von links bis rechts an einem Strang – Linke, Grüne, WIN, FDP, SPD und CDU. Auf der öffentlichen Veranstaltung der Stadt Norderstedt zu diesem Thema im April 2016 protestierten die betroffenen MieterInnen und AnwohnerInnen in ihren Beiträgen heftig gegen den vorgelegten Bebauungsplan B-293 und ein Haus auf dem Rasen. Der Verlust ihrer sozialen Kontakte und die Minde-

die Hände für den Plan B-293 gehoben, ohne Nachfrage, ohne eine einzige Gelegenstimme. In einer Wortmeldung engagierte sich der Norderstedter Grüne im Ausschuss lediglich für die Bäume, die am Friedrichsgaber Weg nicht abgesägt werden sollten. Menschen kamen bei ihm nicht vor! Und auch danach ließ sich trotz wiederholter schriftlicher Bitten – bis auf die Linke – keiner von ihnen je „vor Ort“ sehen, um sich von der schlimmen Lage ein konkretes Bild machen zu können.

Nach ihrer letzten Veranstaltung am 26. Juni 2017 mit vielen Fotos zur Erinnerung an die 16 tollen Kinderfeste von 1983-1998, die hier auf dem Rasen



Protest der Initiative Mieter und Anwohner FGW gegen das Haus auf dem Rasen am 23. Februar 2017

rung ihrer Wohnqualität in der von den Politikern gern so genannten „Stadt im Grünen“ seien für sie als BürgerInnen unzumutbar! Als kurz danach die entsprechenden Baupläne im Rathaus der Stadt ausgelegt wurden, kamen ein Dutzend betroffene Bürgerinnen und Bürger persönlich vorbei. Ergebnislos – das Wort Rasen erhielt einfach nur den Stempel „keine Aufenthaltsqualität“. Über 138 Einwendungen und Dutzende von Unterschriften wurden von der Stadt eben mal nur „zur Kenntnis genommen“ – bis auf einen einzigen Fall, wo es um Stellplatz für eine Mülltonne ging.

Und so haben sämtliche Parteienvertreter auf der Sitzung des „Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr“ der Stadt Norderstedt am 16. Februar 2017, obwohl erneut mehrere VertreterInnen der Betroffenen am Friedrichsgaber Weg, Röntgengang und Sauerbruchring in der vorher gehenden Fragestunde ihre Argumente gegen den ungerechten „Starterhaus auf dem Rasen“ vortrugen, allesamt

durchgeführt wurden, hat nun die Initiative Mieter und Anwohner FGW erneut eine mahnende Resolution verabschiedet. In der Kenntnis des schrecklichen Hochhausbrandes, der sich vor einigen Wochen mangels Sicherheitsstands in London ereignete, mahnt sie ihre Stadtvertreter an: „Wir haben erfahren..., dass auf dem Rasen zwischen den Häusern am Röntgengang, Sauerbruchring und Friedrichsgaber Weg, der 16 Jahre lang für die tollen Kinderfeste genutzt worden ist und heute als lebenswichtiger Begegnungsplatz der dortigen MieterInnen und AnwohnerInnen dient, ein so genanntes „Starterhaus“ gebaut und damit diese einzige größere Rasenfläche zubetoniert werden soll. Das ist empörend und wir protestieren dagegen! Die Fläche ist dringend notwendig als sozialer Raum und muss auch unbedingt als Rettungsfläche frei gehalten werden, z.B. für eine Evakuierung und als Hubschrauberlandeplatz.“

Edda Lechner, Norderstedt

Stuttgart-Untertürkheim: Erneuerung am Stadtrand

Untertürkheim ist einer von 23 Stadtbezirken in Stuttgart. Er liegt am östlichen Rand des Stadtgebiets, am Neckar, bekommt wegen seiner Struktur eher unangenehm die Folgen einer Metropole zu spüren: seit mehr als hundert Jahren Standort von Mercedes-Benz, mit den inzwischen deutlich gemilderten Folgen einer großen Industrie. Was bleibt, sind eine hohe Belastung durch Verkehr, die Eisenbahnlinie sorgt für hohe Lärmpegel, zwei Bundesstraßen tragen dazu bei, dass die angrenzenden Wohngebiete eher für nicht dauerhaft ansässige oder ziemlich arme Bevölkerungsteile bestimmt sind. Auch mitten durch den Ort führt eine stark befahrene Straße.

Landschaftlich sind Teile des Ortes aber sehr reizvoll, Weinberge, eine Grabkapelle auf dem Wirttemberg, dem ehemaligen Stammsitz des vormaligen Herrscherhauses – damit verbunden aber ein hoher Besucherdruck an schönen Wochenenden.

In den 1980er Jahren erlebte der Ort eine gewisse Renaissance: eine Fußgängerzone wurde geschaffen, die den Bahnen-

hof mit der Weinmanufaktur, einem großen genossenschaftlichen Betrieb, verbindet. Die damals noch vorhandenen Geschäfte der Nahversorgung (Metzger, Bäcker, Fotogeschäft, Reformhaus usw.) sind weitgehend verschwunden und ersetzt durch Dönerbuden und ähnlichem oder stehen schlicht leer.

Durch hartnäckiges Engagement der Bezirksvorsteherin (eine Art Bürgermeister des Stadtbezirks, wird vom Gemeinderat gewählt), der Mitglieder des Bezirksbeirats (ein beratendes Gremium, das von Stadtverwaltung und Gemeinderat zu allen Belangen des Bezirks gehört werden muss) und zahlreicher Vereine und nichtorganisierter Bürgerinnen und Bürger gelang es nun einen Prozess anzustoßen, der zwar den hochtrabenden Titel „Masterplan“ trägt, aber soweit derzeit sichtbar, tatsächlich die Situation verbessern wird.

In einem jetzt mehr als ein Jahr andauernden Verfahren mit Diskussionen von Gremien, aber vor allem einer Bürgerbeteiligung,

an der mehrere hundert Menschen teilnahmen, sind Bausteine für ein Konzept entstanden, die in den vermutlich nächsten zehn Jahren Zug um Zug umgesetzt werden.

Die Stadtplaner meinen die Bürgerbeteiligung ernst. Sie wollen keine rein funktional begründeten Konzepte um- und durchsetzen, die Erfahrungen mit den Hochhaussiedlungen à la Le Corbusier sind als abschreckende Beispiele Allgemeingut. Der Prozess läuft idealerweise so: feststellen lassen, was finden die Bewohner eines Plangebiets positiv, was negativ, welche Vorschläge zur Ver-



Start

München: „Landschaftsbezogene Wegekonzeption“

Zuzug und innerstädtische Verdichtung bestimmen das Bild der langfristigen Siedlungsentwicklung Münchens und der Nachbargemeinden. Tiefgreifende Strukturänderungen bleiben nicht aus.

Die Herausbildung der modernen europäischen Stadt ist ein gut beleuchtetes Problemfeld. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kennen und benennen die Kräfte, die zur Ballung führen. Skalenvorteile ermöglichen (und erfordern) großartige Infrastruktur, Fühlungsvorteile zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik machen neue Kombinationen des Wirtschaftens und der Gestaltung des Lebens greifbar. Die Verfeinerung der Arbeitsteilung führt zu einem differenzierten Angebot an Arbeitsplätzen. Spezialisierte Arbeitskräfte sind gefragt. Im Zentrum der Ballung kann die ganze Vielfalt der modernen Welt erlebt werden. Die ganze?

Seitdem sich die bäuerliche Landwirtschaft zu einem Industriezweig entwickelt hat, der Arbeitsmittel auf den Weltmärkten einkauft und seine Produkte auf fernen Märkten absetzt, ist das Dorf Geschichte, der ländliche Raum wird seither als Peripherie beschrieben, als ein Komplex von Mängeln, dem wer kann entflieht. Tatsächlich ist im ländlichen Raum der Weg zu Angeboten der Daseinsvorsorge und zum Arbeitsplatz

weit. Trotzdem gibt es viele Leute, die den ländlichen Raum als Wohnsitz bevorzugen. Wieso?

Vielenanntes Motiv ist das eigene Heim. Die Familien-Wohnung mit Grundstück und Garten markiert einen eigenen Handlungsräum. Die von K. Forsthoff entwickelte Unterscheidung „effektiven“ bzw. „beherrschten“ Raums macht ein Defizit des Wohnens zur Miete und in dichter Blockbebauung klar: Zwar können die Stadtbewohner, die angeschlossen an ein perfektioniertes Verkehrsnetz inmitten einer Ballung kultureller und wirtschaftlicher Angebote leben, einen weiten effektiven Handlungsräum genießen. Sie müssen sich aber andererseits damit abfinden, dass ihr Betragen bis in die Wohnung hinein durch fein zisierte Ordnungen und Vorschriften reguliert wird. Das eigene Grundstück als Lebensmittelpunkt mag eng sein, aber es bietet Möglichkeiten, den eigenen Alltag selbst zu bestimmen, und es hat eine klare Grenze nach außen.

Wer gebaut hat, sitzt im doppelten Sinn des Wortes fest, findet neben sich Nachbarn vor, und muss sich mit gegebenen Beziehungen arrangieren. Die Leute lernen sich kennen. Es entstehen lange, oft von der Wiege bis zum Grabe dauernde Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens. Ansässige

Nachbarn benötigen Kulturtechniken des Miteinander-Auskommens und auch des wohlüberlegten Nicht-Einmischens in den abgegrenzten Bereich der Nachbarn. Positiv entwickelt sich Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe, Freundlichkeit und eine Technik des Wahrnehmens der Anderen, negativ Nachbarschaftsprozesse und lebenslange, sogar Generationen überspringende Feindschaften.

Ansässig sein – das bedeutet auch, in der Landschaft Platz zu nehmen. Darin bleibt die moderne Siedlung im ländlichen Raum dem alten Dorf ähnlich, das vor allem Flurgenossenschaft gewesen ist. Soziale Zusammengehörigkeit ergibt sich hier nicht nur aus Abstraktem, der Unterwerfung unter das gleiche Recht oder Ansprüche auf Leistungen. Die Landschaft, verstanden als eine Kombination von Naturgegebenem, Gebautem und ansässigen Leuten, integriert: Die öffentlichen Sachen werden „unsere Sache“, selbst verwaltet. Eingriffe äußerer Mächte, Politik oder Wirtschaft, werden nicht ohne weiteres akzeptiert.

Baulichkeiten zur Unterbringung Zuziehender, wie sie im 20ten Jahrhundert geplant wurden, trennen sehr oft den Menschen von der Landschaft. Der Garten oder Hof, der in der ländlichen Siedlung Grenzen und Brücken zur Nachbarschaft schafft, fehlt in diesen Sied-

änderung gibt es. Die Aufgabe der Planer ist es dann daraus realisierbare Projekte zu machen. Dieser Prozess lief in Untertürkheim tatsächlich recht gut: die Ergebnisse sind in einer im Internet abrufbaren Dokumentation¹ sichtbar.

Das erste Projekt geht jetzt in die Verwirklichung: ein Uferpark mit Erlebnischarakter. Der Neckar ist in Stuttgart eine „Bundeswasserstraße“, also vorrangig zur wirtschaftlichen Nutzung (siehe Foto). Die Planung ist aus der Visualisierung des Planungsbüros erkennbar: Der Übergang vom Ufer zum Wasser ist mit auch zum Sitzen geeigneten Stufen und einer Rampe gestaltet. Ein 90 Meter langer Steg ragt übers Wasser und ist mit einer rund 30 Meter langen Schiffs-

anlegestelle verbunden (für bis zu zwei Schiffe, eines davon eventuell als Gastronomie). Am Ufer wird ein bisher kaum genutzter Platz so umgestaltet, dass er von Vereinen oder Privaten mit Angeboten bespielt werden kann (Wasser-, Abwasser- und Stromanschlüsse).

Wenn das Projekt in einigen Jahren realisiert sein wird, kann es als eine Art „Landmarke“ den Ort „attraktiver“ machen, d.h. für die Bewohner gibt es einen neuen Punkt, an dem man sich treffen kann. Die Planung sieht auch vor, dass die Wegebeziehungen zur Fussgängerzone und in die Weinberge ausgehend von diesem Punkt neu sichtbar zu machen.

Ein Problem bleibt die lange Realisierungszeit: jetzt beginnt ein Jahr der Detailplanung, bis zur Auftragsvergabe und dann tatsächlichem Bau wird es gewiss 2020 werden. Der Bezirksbeirat, der diese Planung mit Detailkritik begrüßt hat, fordert daher, dass im Stadthaushalt weitere Mittel bereitgestellt werden, die als Sofortmaßnahmen nach außen die Umgestaltung des Stadtbezirks verdeutlichen.

Alfred Küstler, Stuttgart

1) www.stuttgart-meine-stadt.de/content/bbv/details/89/phase/211/?tab=3

Ziel



Ein Projekt im Rahmen von **Freiraum München 2030** www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Stadt-und-Bebauungsplanung/Gruenplanung/Freiraumentwicklung.html

lungen. Die Straßen und Grünanlagen sind funktional bestimmt, als Gestaltungsraum der Anwohner sind sie nicht gedacht. Dieser Mangel hat wohl auch zur Wiederbelebung des genossenschaftlichen Bauens und Wohnens bzw. anders finanzierten Formen des konzeptionellen Mietwohnungsbau beigetragen, in denen Ansässigkeit, verfestigte Nachbarschaft und genossenschaftliche Nutzung eine tragende Rolle spielen.

Sozialtechniken, die das Leben im ländlichen Raum generieren, werden in den dicht gebauten Siedlungen neuerlich aufgegriffen. Das kann nur funktionieren, weil und soweit der verwaltete öffentliche Raum zu einem Sozialraum wird, an dessen Gestaltung die Anwohner mitwirken können.

Dieser Trend, für den es viele Anhaltspunkte gibt, birgt Chancen der Stadtentwicklung. Wenn man begriffen hat, dass Abstrakte wie „öffentlicher Raum“, „Freiraum“ oder „öffentliches Grün“ und „Anwohner“ eine Landschaft bilden, die Nachbarschaft ermöglicht, öffnen sich Perspektiven der Gestaltung. Man kann durchaus von einer Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung sprechen, denn es geht um die Gestaltung von Gebieten.

Vielversprechend ist der Ansatz, solche Gebiete als Sozialraum und als Land-

schaftsraum auszubauen. Denn es ist die gemeinsame Umgebung – Naturgegebenes, Gebautes und auch Traditionen – die Verbindungen setzt. Diese Verbindungen herauszuarbeiten ist Sache demokratischer Planungsprozesse. Es zeichnet sich ab, dass die Konzeption von Freiräumen und von Wegen die Sache erleichtert oder erschweren, ja sogar verunmöglichen kann. Wege erschließen die unmittelbare Umgebung und verbinden mit Nachbarorten, mit dem Zentrum.

Wird der Planungsprozess in Verbindung mit den Nachbargemeinden geführt, kann eine Entwicklung gelingen, in der die verschiedenen Siedlungskerne, die in einer Metropolregion vorliegen, ihre spezifischen Eigenheiten herausarbeiten, anstatt von den Bedürfnissen der Ballung als Flächenreserve misshandelt zu werden.

In Zusammenarbeit mit ihren Nachbargemeinden im Norden hat die Landeshauptstadt München einen Planungsprozess für eine „landschaftsbezogene Wegekonzeption“ in Gang gesetzt. Mehrere Veranstaltungen münden in ein Gutachten (beauftragt: Börris v. Detten (freiwurf) / Henrik Schultz (Stein und Schultz), das um die Jahreswende vorliegen wird. Wir berichten weiter.

Martin Fochler, München

„Achtung! Geldgier-Sperrgebiet-Seuchengefahr“. HAMBURG-EPPENDORF. Diese Schilder ... kritisieren die verantwortungslose Politik der im Bezirk Nord regierenden Parteien SPD und Grüne und von Bezirksamtsleiter Rösler. Diese haben letztendlich zu verantworten, dass das über 200 Jahre alte Brauhaus und die über 80 Jahre alten drei Kastanien, zwei geliebte Wahrzeichen Eppendorfs, unwiederbringlich zerstört sind. Sie haben das alte Eppendorf den Investoren preisgegeben, indem sie es nicht durch gezielte Bebauungspläne und Milieuschutzverordnungen geschützt haben. Dies hatte die Linke in Fraktion und den Ausschüssen vergeblich versucht, meistens in nichtöffentlicher Sitzung ... Die Öffentlichkeit darf nicht länger ausgeschlossen bleiben bei solch wichtigen Entscheidungen über die Entwicklung ihres Stadtteils. ... Transparenz ... muss gesetzlich verankert werden.“

www.linksfraktion-nord.de/

Linke & Piraten fordern besseren ÖPNV und Radwege an der TU:

DORTMUND. Die Politik in Dortmund beschäftigt sich derzeit intensiv mit dem Campus-Gelände rund um die Technische Universität. Dank einer breiten Mehrheit im Rat von Linken & Piraten, SPD und Grünen werden die Betriebszeiten der H-Bahn künftig wieder auf Samstage ausgeweitet. Die Fraktion Die Linke & Piraten bereitet jedoch schon den nächsten Schritt vor: „Das kürzlich verabschiedete Campus-Konzept sieht den Wegfall weiter Teile der Parkplätze an der Technischen Universität (TU) vor ... Sinnvoller sind der Ausbau des Radwegenetzes und der Leihrad-Stationen sowie mehr Lademöglichkeiten für Pedelecs.“

[www.dielinke-dortmund.de](http://dielinke-dortmund.de)

Neuer Stadtteil – alte Fehler? FRANKFURT A.M. Im Frankfurter Norden auf einem Areal beidseits der Autobahn A5, östlich der Stadtteile Niederursel und Praunheim soll ein neuer Stadtteil entstehen. Bisher haben Oberbürgermeister und Dezernenten die Pläne für den Standort vorgestellt. Eine Erschließung und Bebauung sollte nicht ohne die Beteiligung der Bürger*innen geschehen, warnt Yilmaz, planungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. im Römer. „Wir haben beim Innovationquartier gesehen, wie wichtig es ist, die Bürger*innen von Anfang an zu beteiligen ... Die Stadt müsse sich im Klaren sein, was es bedeutet an einer Autobahn ein Wohngebiet auszuweisen ... Vor allem sollte nicht wieder der Fehler gemacht

werden, den Bau von Wohnungen Investoren zu überlassen. Die sind nur an ihren Profiten interessiert. Deshalb muss, wenn die Entscheidung für ein neuen Stadtteil getroffen wird, die stadt eigene Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding mit Erschließung und Bau beauftragt werden. www.dielinke-im-roemer.de

Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung vom Lankenauer Höft: BREMEN. Der Gastronomiebetrieb Lankenauer Höft wurde Anfang des Jahres eingestellt. Der nach langer Suche gefundene neue Investor, der ein neues Konzept für das Areal erstellen wollte, ist abgesprungen und nun wird nach einer Alternative für die Belebung des für Woltmerhausen wichtigen Ortes gesucht. Die Ausschreibung und auch die Entscheidung lag bisher bei der Behörde. Dies möchte Mazlum Koc, Die Linke, geändert haben: „Die Bürger*innen Woltmershausens mit einbezogen werden, wenn solch ein wichtiger Ort in ihrem Stadtteil umgestaltet werden soll.“ www.dielinke-bremen-linksderweser.de

Schwerer Brand in BREMERHAVEN-LEHE: Linke fordert Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes... Zum Hintergrund: Medienberichten zufolge soll es sich um eine „Schrottimmobilie“ gehandelt haben, bei der das Wasser gesperrt war. In dem Haus sollen 40 v.a. bulgarische Zuwander*innen gemeldet gewesen sein. Drei Menschen wurden schwer verletzt, darunter zwei Kinder. Nelson Janßen, Bremerhavener Abgeordneter der Fraktion Die Linke, erklärt: „Nicht erst seit diesem Wohnungsbrand besteht in Lehe offenbar das Problem von teilweise überbelegten und unbewohnbaren Wohnungen, die eine reale Gefahr für die Bewohner*innen darstellen“. www.dielinke-bremerhaven.de

Kreative Freiräume unterstützen! KIEL. Die Kieler Linke begrüßt die friedliche Besetzung auf der ehemaligen Kleingartenanlage Prüner Schlag. „Hier schaffen Menschen für sich und andere einen selbstverwalteten Freiraum und bieten gleichzeitig die Gelegenheit, alternative und kreative Ideen zum Leben in der Stadt frei zu denken und zu erproben“ ... Mit Blick auf eine mögliche Räumung ergänzt Ratsherr Rudau: „Es gibt in meinen Augen keinen Grund, warum man die Besetzer*innen von der Fläche vertreiben sollte. Hier stören sie derzeit niemanden und richten auch keinerlei Schäden an. Und falls Möbel Kraft irgendwann in der Zukunft tatsächlich mit dem Bau eines Möbelmarktes auf diesem Gelände beginnen will und, anders als ursprünglich zugesagt, dafür die gesamte Fläche benötigt, ist die Stadt meiner Meinung nach gefordert, gemeinsam mit den Menschen der Wagen-

gruppe eine andere geeignete Fläche zu finden. Vorsorglich sollte die Stadt möglichst bald auf die Besetzer*innen zugehen und Gespräche anbieten.“ www.dielinke-kiel.de/

Für schnellere Beseitigung der Wohnungsmängel: ESSEN. Wer hält die Wohnungen nicht „in Schuss“ und in welchen Stadtteilen? Angesichts der Zunahme schwerer Mängel möchte die Ratsfraktion Die Linke von der Verwaltung wissen, wie diese die Mängel schneller als bisher feststellen kann. Momentan ist die Abteilung Wohnungsaufsicht im Ordnungsamt auf technische Amtshilfe durch das Baudezernat angewiesen. Dort herrscht aber Personalmangel, was zu Verzögerungen bei der Feststellung und Begutachtung der Mängel führt. „Diese Verzögerungen müssen im Interesse der Mieter abgestellt werden“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Denn wegen des angespannten Wohnungsmarktes können Mieter nicht so einfach umziehen, wenn ihr Vermieter die Wohnung verkommen lässt. Sie sind auf die Unterstützung der Stadt angewiesen.“ www.linksfraktion-essen.de

Bezirksratsbeschluss begrüßt: HANNOVER. Die Ratsgruppe Linke und Piraten begrüßt den mit sehr deutlicher Mehrheit am 7. Juni 2017 vom Stadtbezirksrat Linden-Limmer gefassten Beschluss zum Neubau des Fössebades mit einem Freibad ... Dem Beschluss zufolge soll es eine alternative Finanzierung mit einer Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaft geben, das bisherige Fössebad-Personal bevorzugt von der Stadt Hannover im neuen Bad übernommen werden und das Veranstaltungszentrum Béi Chéz Heinz erhalten bleiben. Demgegenüber wollte die Verwaltung das „Heinz“ abreißen, den Bau mit einer sogenannten Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) realisieren und keine Job-Garantien für das derzeitige Badpersonal geben. www.linksfraktion-hannover.de

Kampf um Yorktown: SCHWEINFURT. Platt gemacht werden sollte sie, die amerikanische Siedlung Yorktown-Village mit 68 Doppelhaushälften und einer funktionsstüchtigen Schule. Denn die Pläne der Stadtverwaltung sahen vor, dort ein weiteres Gewerbegebiet anzusiedeln. Von Anfang an setzte sich die Linke konsequent dafür ein, das Wohnidyll an der Stadtgrenze zu erhalten und die Häuschen preisgünstig an Interessierte zu verkaufen... Ein monatelanges Gezerre war die Folge. Mit großer Mehrheit, gegen einige Stimmen von SPD mit Grünen, wurde schließlich dem Antrag der Fraktion der Linken zugestimmt. Mit Freude haben wir registriert, wie viele Familien sich um den Erwerb eines Häuschens beworben haben.

www.dielinke-sw.de/links-buergerinfo

Bundestag stimmt einstimmig für Sozialkassengesetz

www.igbau.de. 23.6. – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Sicherung der Sozialkassen durch den Bundestag. Parteiübergreifend stimmten die Bundestagsabgeordneten gestern Abend einstimmig für das zweite Sozialkassensicherungsgesetz. Es garantiert, dass 14 Sozialkassen in 8 der von der IG BAU vertretenen Branchen, weiter Bestand haben. Sozialkassen sind überbetriebliche Einrichtungen, die insbesondere Zusatzrenten, Urlaubsansprüche und die Berufsbildung regeln. Allein in den IG BAU-Branchen sichern die von den Tarifpartnern gemeinsam geführten Sozialkassen zusätzliche Rentenansprüche für rund 650 000 Menschen.

„.... Die Fraktionen haben ein klares Signal gesetzt: die tariflichen Sozialkassen und ihre Leistungen wie in den Bereichen Urlaub, Zusatzrente und Berufsausbildung erfüllen wichtige sozialpolitische Zwecke“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und Verbänden hat sich dafür eingesetzt, dass diese Errungenschaften auch in Zukunft den Beschäftigten zu Gute kommen. Voraußichtlich am 7. Juli 2017 wird sich der Bundesrat abschließend mit dem Gesetz befassen.“

IG BAU fordert Erhöhung des Mindestlohns in West und Ost

www.igbau.de. 26.6. In der anstehenden (Beginn 15.8.) Mindestlohn-Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) die faire Erhöhung der Mindestlöhne und gleiche Mindestlöhne Ost und West für Helfer und Baufacharbeiter.

„Mindestlöhne in der Baubranche haben sich bewährt. Sie wirken wettbewerbsordnend und kommen damit auch den Unternehmen zugute. Betriebe aus West- und Osteuropa müssen sich an die Lohnuntergrenze am Bau halten“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers. „Der Mindestlohn kann aber nur wirken, wenn er auch durchgesetzt wird. Dafür wurde die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll geschaffen. Sie ist aber chronisch unterbesetzt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble weigert sich, die Stellenzahl auf das erforderliche Maß aufzustocken. Es ist klar, dass damit Missbrauch Tür und Tor geöffnet wird. Wer dem Treiben tatenlos zusieht, der leistet Beihilfe zum Lohndumping.“

Für einen arbeitszeitpolitischen Aufbruch

In der Metallbranche deutet sich ein größerer Konflikt um die Arbeitszeiten an. Die IG Metall will mehr selbstbestimmte Arbeitszeiten und die Angleichung Ost/West durchsetzen. Die Arbeitgeber stellen dagegen den Acht-Stunden-Tag und die gesetzlichen Ruhezeiten in Frage. Es kann davon ausgegangen werden, dass die IGM im Herbst die entsprechenden Manteltarifverträge kündigen wird. Auf ihrer Arbeitszeitkonferenz am 27. Juni in Mannheim verarbeitete die IGM die Ergebnisse ihrer Beschäftigtenbefragung und stellte sich für den „arbeitsmarktpolitischen Aufbruch“ auf.

Dokumentiert von www.igm.de

27.06.2017 I „Arbeitszeiten müssen zum Leben passen. Wir wollen, dass dies für alle möglich ist“, sagte der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann in Mannheim, wo 850 Betriebsräte und Vertrauensleute darüber diskutierten, wie dieser Anspruch tarifpolitisch umgesetzt werden kann.

Mehr Selbstbestimmung und Gerechtigkeit in der Arbeitszeit lautet das Ziel der IG Metall in der aktuellen Arbeitszeitdebatte. Wie sie dieses Ziel tarifpolitisch erreichen will, darüber diskutierten rund 850 Mitglieder der Tarifkommissionen aus allen Bezirken während der Arbeitszeitkonferenz in Mannheim.

In den zahlreichen Beiträgen zeichnete sich ab, was auch die Beschäftigtenbefragung der IG Metall mit mehr als 680 000 Beteiligten zum Ausdruck gebracht hatte: Die große Mehrheit der Beschäftigten will Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Sie wollen Arbeitszeiten, die verlässlich sind, genug Zeit für das Leben neben der Arbeit lassen und über sie selbst bestimmen können.

Angesichts dieses klaren Votums der Beschäftigten kritisierte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, die Arbeitgeber. Ihr Konzept aus „Vollzeit plus Überstunden plus Leistungsverdichtung plus Flexibilität“ habe ausgedient. Hofmann plädierte in Mannheim für einen „arbeitszeitpolitischen Aufbruch“. Das Ziel: Mehr Selbstbestimmung über die Arbeitszeit. Mehr Gerechtigkeit im Arbeitsleben – etwa durch Arbeitszeitreduzierung mit Entgeltausgleich für Kinder, Pflege und Gesundheit.

„In der Arbeitswelt der Zukunft arbeiten die Menschen selbstbestimmt und sicher – um kreativ, gesund und zufrieden zu sein“, sagte Hofmann. Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hält Hofmann die anstehende Tarifrunde für den richtigen Zeitpunkt für diesen Aufbruch. Die Wirtschaft befindet sich im achten Jahr nach der Krise im Aufschwung und die Ertragslage vieler Unternehmen sei glänzend.

Ganz oben auf der arbeitszeitpolitischen Prioritätenliste steht für die meisten die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. „Die Beschäftigten wollen einen verbindlichen Anspruch auf individuelle Möglichkeiten, ihre Arbeitszeit mit ihrem Privatebenen in Einklang zu bringen“, sagt Karola Frank, Vertrauensfrau bei Audi in Ingolstadt. Fle-

xibilität und die Anpassung an die jeweilige Lebenssituation spielten dabei eine wesentliche Rolle, so die Metallerin. „In Ergänzung zu betrieblichen Lösungen müssen wir tarifvertragliche Angebote schaffen, die auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind.“

Das könnte ein Wahlrecht ermöglichen, die Arbeitszeit befristet zu verkürzen – zum Beispiel auf bis zu 28 Stunden, jedoch mit einem Rückkehrrecht zur 35-Stunden-Woche. Dies muss für Beschäftigte mit Kindern unter 14 Jahren oder pflegebedürftigen Angehörigen mit einem Entgeltausgleich verbunden werden, damit sich jeder kürzere Arbeitszeiten unabhängig vom Einkommen leisten kann. „Wir wollen diesen Entgeltausgleich als eine zeitgemäße Sozialleistung tariflich regeln, weil Zeit für Kinder und Pflege gesellschaftlich notwendig ist“, sagt Jörg Hofmann.

Wunscharbeitszeit ist und bleibt für die große Mehrheit der Beschäftigten die 35-Stunden-Woche. Auch in den neuen Bundesländern, wo noch in der Metall- und Elektroindustrie 38 Stunden in der Woche nach Tarifvertrag gearbeitet wird. „Die Verkürzung unserer tariflichen Arbeitszeit von 38 Stunden in der Woche wäre eine Voraussetzung, um die erheblichen Belastungen der Schichtarbeit erträglicher und planbarer gestalten zu können“, sagt Carmen Bahlo, Betriebsratsvorsitzende von ZF Getriebe in Brandenburg.

Vor allem Schichtarbeiter brauchen Entlastung. Sie trifft besonders der Druck der Betriebe, die die Arbeitszeit der Beschäftigten allein den Erfordernissen der Märkte unterwerfen. Deshalb muss es auch Schichtarbeitern möglich sein, ihre Arbeitszeit zu fairen Bedingungen und mit einem finanziellen Ausgleich zu reduzieren.

Eine klare Absage erteilten die Konferenzteilnehmer in Mannheim allen Bestrebungen, das Arbeitszeitgesetz aufzuweichen. Jörg Hofmann: „Selbstbestimmt zu arbeiten, heißt auch, die ‚rote Karte‘ ziehen zu können und zu sagen: Jetzt ist Schluss für heute! Deshalb muss es auch in Zukunft verlässliche tarifliche und gesetzliche Regelungen zur Ruhezeit geben.“

In den kommenden Wochen wird die IG Metall die Arbeitszeitdebatte in den Betrieben fortsetzen und im Herbst die Forderungen für die anstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie beschließen.

Bundestagswahlprogramm der AfD

Restriktive nationalistische Familienpolitik – staatliche Verfolgung anderer Lebenskonzepte



Die AfD betrachtet Kapitel 7 „Willkommenskultur für Kinder/Familien- und Bevölkerungsentwicklung“ im Bundestagswahlprogramm 2017 als „Maßstab für alle damit verbundenen Politikfelder ...“ Es sei Ausdruck des nötigen Paradigmenwechsels in der Gesellschaft.

Verglichen mit dem Grundsatzprogramm von 2016 wird der Ton gegenüber Eingewanderten scharf. Angekündigt wird staatliche Überwachung und Verfolgung abweichender Lebensgestaltung – sollte die AfD Regierungsmacht bekommen.

„Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten. Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht irgendjemandem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben.“

Im Grundsatzprogramm will die AfD die gewünschte Geburtenentwicklung mit finanziellen Anreizen – quasi Prämien – in Gang bringen: z.B. zinslose Darlehen für Wohneigentum, deren Schuldsumme sich mit jedem Neugeborenen vermindert oder Erlass von Bafög-Schulden für Studenten, die im Studium Eltern werden. Im Wahlprogramm wird daraus ein Zwang. Der „Erhalt des Staatsvolks“ soll als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden, was u.a. Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate Einheimischer erforderlich mache. (Pkt. 7.1)

Praktisch vorstellbar wird die Umsetzung dieser Staatsdoktrin beim Thema „Schutz des ungeborenen Lebens“. Der Arzt soll der staatlichen Meldepflicht von Abtreibungen unterliegen, und spürbare Sanktionen bei Unterlassung werden angedroht.

In den 70er Jahren gab es in der BRD eine starke Bewegung gegen den § 218, gegen staatliche Bevormundung und für Selbstbestimmung. Nach der Reform dieses Paragraphen werden Abtreibungen nicht mehr kriminalisiert. In der Möglichkeit, das Leben frei zu gestalten, gibt es gesellschaftliche Fortschritte, die aber für eine staatlich geforderte Vermehrung der Deutschen beseitigt werden müssten.

Ein anderes Beispiel, wie gesellschaftliche Emanzipation zurückgedreht werden soll, ist die geplante Wiedereinführung des Schuldprinzips bei der Ehescheidung.

In Deutschland galt das Schuldprinzip bis zur Scheidungsreform 1977. Wer nach dem alten Scheidungsrecht schuldig geschieden wurde, bekam weder Unterhalt noch konnte er oder sie damit rechnen, die Kinder zu behalten. Jetzt kann eine Ehe wegen Zerrüttung beendet werden, ohne dass nach dem/der Schuldigen mit finanziell ruinösen Auswirkungen gefahndet wird. Dieses Prinzip hat positive Auswirkungen auf den – meist die – wirtschaftlich Schwächere. „Mehr Gerechtigkeit“ wird dagegen von der AfD eingefordert. Sie beklagt, dass derzeit „selbst Straftaten und schwerwiegender Fehlverhalten gegen den Ehepartner bei der Bemessung finanzieller Ansprüche nach Trennung und Scheidung oft ohne Auswirkung bleiben.“ Eine solche Rechtsprechung fördert nicht die Stabilität von Ehen. Die stabile Ehe, Frau und Mann in ihren zugewiesenen Rollen auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißt, um dem Zweck der Volksgemeinschaft zu dienen, das strebt die AfD an.

Eine rotes Tuch für die AfD ist auch das Gender-Prinzip: „Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich. Gender-Ideologie mar-

Quellen: AfD-Grundsatzprogramm, 30.4.-1.5.16; Wahlprogramm der AfD für den Bundestag 2017, vom 22./23.4.2017; Franziska Schutzbach, Gender, Feminismus und der rechtsnationale Ekel vor der „Gleichmacherei“, 17.7.2016.

Nach dem Urteil zur NPD-Finanzierung neue Sanktionen gegen die VVN-BdA

Aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils zur NPD, in dem der Entzug staatlicher Parteienfinanzierung als Möglichkeit genannt wurde, verfassungsfeindliche Parteien zu sanktionieren, strich der Bürgermeister von Büdingen der NPD im März die Fraktionsgelder. Die NPD klagte sie wieder ein: „Der Entzug des Geldes verstößt gegen den „allgemeinen Gleichheitssatz des Grundgesetzes“, so das Gerichtsurteil.

Nun hat der Bundestag den GG-Artikel 21, Abs. 2, wie folgt ergänzt:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.“

Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, verweist in einem Artikel vom 16.5.17 auf neue Kriminalisierungsversuche des Verfassungsschutzes gegenüber der antifaschistischen VVN-BdA. Der hessische Verfassungsschutz erwiderte

ginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen.“ (Kap. 7.5)

Franziska Schutzbach, feministische Soziologin aus der Schweiz, setzt sich mit dem Kampf der rechtskonservativen und christlich-fundamentalistischen Organisationen zum Thema Gender auseinander: „Was macht Gender derart kontrovers? Die Gender-Studies gehen davon aus, dass Geschlecht und Sexualität erst durch soziale, biologische, kulturelle und spezifisch historische Bedingtheit entstehen. Damit ist die Einsicht verbunden, dass Menschen zu bestimmten „Männern“ und „Frauen“ werden – in lebenslänglich andauernden komplexen Dynamiken, die weder auf Kultur noch auf Natur reduziert werden können. Das besagt aber auch, dass Hierarchien oder Lebensweisen nicht einfach feststehen, sondern veränderbar sind.“

Das erklärt, was die AfD nicht erträgt: Menschen ändern sich, überwinden Barrieren und das Modell der naturgegebenen Hierarchien kann sich nicht halten.

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

auf die Klage von Silvia Gingold gegen ihre erneute Bespitzelung, nach einem Berufsverbot vor Jahren: Das Vermächtnis der befreiten Häftlinge, der Schwur von Buchenwald, sei Ausdruck eines „orthodox-kommunistischen“, verfassungsfeindlichen Faschismus-Verständnisses. Die Lösung „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln“ wird angeführt. Zu all diesen Wurzeln zähle der Kapitalismus, wie es die Dimitroff-Aussage von 1935 zeige und die VVN-BdA sei auch weiterhin „linksextremistisch beeinflusst“. Ein neuer Verfassungsschutzverbund, Zusammenschlusses von Geheimdiensten des Bundes und der Länder in Deutschland, überwache Antifaschisten überall.

Ein Beispiel von Sanktionierung der VVN-BdA mit finanziellen Auswirkungen ist folgendes: Die Vereinigung beantragte Stellen für „Bundesfreiwillige“ (Bufdi). Das Bundesfamilienministerium lehnte allerdings „aufgrund von Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden“ ab. U. Sander sieht Parallelen dazu, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem Freispruch für die als hundertprozentig nationalsozialistisch eingestufte NPD dazu riet, dieser verfassungsfeindlichen Partei durch die Mittelstreichung zu schaden.

Quellen: Spiegel-online 5.4.17, „Büdingen muss wieder an die NPD zahlen“, (http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1775_schwur.htm)

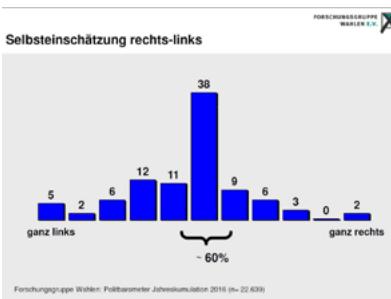
Zu den Ergebnissen der „Studie im Vorfeld der Bundestagswahl 2017“, durchgeführt von Liljeberg Research International im Auftrag der Linken

(Gruppendiskussionen im März 2017 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg)
Von Dr. Harald Pätzolt, 20. April 2017

Wenn wir die eingeladenen Menschen, von denen wir annehmen, dass sie zu unserem weiteren Wählerpotential gehören, darüber diskutieren ließen, wie ihr persönliches Lebensgefühl und die Stimmung in der Region sei, welche Veränderungen sie in den letzten Jahren wahrgenommen haben, welche Problemlagen sie als relevant empfinden und wie sie Parteien und Politiker sehen, so ging es uns dabei keineswegs darum herauszufinden, wie unsere Wählerschaft „ticks“. Die Grundannahme der Untersuchung war und ist, dass sich in diesen Gesprächen etwas erfahren lässt über, sagen wir es einmal so abstrakt, das *Weltverhältnis*, über die *Beziehungen* der Befragten zu ihrer Region, zur Wirtschaft, zum Job, zu anderen Menschen und eben auch zur Politik. Denn darauf kommt es uns ja an, dass wir das *Verhältnis* der Leute, denen wir zumindest eine potentielle Nähe zur Linken unterstellen können, besser verstehen und unsererseits dann im bevorstehenden Wahlkampf enger gestalten.¹

Ist man erst einmal an diesem Punkt geistig angekommen, dass es um die Verhältnisse des Menschen, dass es den Menschen um die **QUALITÄT IHRER VERHÄLTNISSE** geht, dann ist man auch so weit zu verstehen, dass damit eben auch gesagt ist: Es geht ihnen nicht zuerst um **RESSOURCEN**. Und ich meine: Politisch ist das nicht die Perspektive, aus der die Linke ihre Angebote formuliert. Da geht es zumeist um die gerechte Verteilung von Ressourcen, zusammengefasst als „Reichtum der Gesellschaft“.

Dass die aktuellen Befunde soziologisch informierte nicht überraschen werden darf nicht verwundern. Natürlich zeigen sich allgemeine Entwicklungstendenzen auch im Besonderen, in Erfurt, Leipzig, Prenzlau oder Hoyerswerda. Nur zeigen sie sich jeweils in, wie gesagt, ihrer regionalen und gruppenspezifischen Besonderheit in der größeren ostdeutschen Stadt, in der abhängigen Region. Diese Variationen sind selbst intendierter Output, wertvolles sprachliches und bildhaftes Rohmaterial für den Feinschliff politischer Werbung und Wahlkampf-



In der Grafik von Infratest dimap, Selbsteinschätzung der Wählerschaft, zeigen sich „ganz links“ und „mitte links“ Potentialballungen. Im Westen wird die Linke mit 4 bis 9 Prozent prognostiziert, im Osten mit 10 bis 20. Im Westen, die Vermutung liegt nahe, wird es einen Potentialschwerpunkt bei „ganz links“ geben, im Osten bei „mitte links“. Ohne das Potential in den Ostländern käme die Linke wohl nicht in den Bundestag. Der große, wenn nicht größere Teil der Mandaten der neuen Bundestagsfraktion werden aus dem Westen kommen. Während im Bereich „ganz links“ reichlich Kräfte der Selbstdarstellung wirken, ist das Meinungsbild „mitte links“ im explizit politischen Diskurs nur schwach artikuliert. Inhalte, wie sie in den „Gruppendiskussionen im März 2017“ zum Ausdruck kommen, werden bei der Arbeit der neuen Fraktionen zu verarbeiten sein. Die Redaktion dankt für die Genehmigung zum Abdruck.

kommunikation. Das soll hier nicht diskutiert werden. Mein Punkt ist der: Hegel hat einmal, sinngemäß, gesagt, dass das Bekannte darum, weil es bekannt ist, noch nicht erkannt ist. Es gilt also, das Bekannte und in den Fokusgruppen Bestätigte, nunmehr auch in dem Sinne zu erkennen, dass es für den politischen Prozess, den Wahlkampf, nutzbar wird.

Meine Darstellung ist die folgende: Ich werde vier Befunde darstellen und jeweils eine entsprechende politische Reaktion der Linken darauf für den Wahlkampf vorschlagen, ich nenne diese Vorschläge Deals.

Erster Befund

Auch in unseren Gruppendiskussionen wurde, wie in anderen soziologischen Studien der letzten Jahre, immer wieder von dem wachsenden Leistungsdruck und einer Beschleunigung des Lebens berichtet. Es scheint, und das ist der für mich interessante Befund, eine geteilte Erfahrung zu sein, dass eine weitere Steigerung der eigenen Anstrengungen, besonders im Job, nicht weiter zu einer adäquaten Steigerung des eigenen Nutzens davon führt. Etwa so, wie wenn man erkennt, dass eine fortdauernde Steigerung der Düngung eines Ackers nicht zu einer Steigerung der Erträge führt. Man nennt das betriebswirtschaftlich einen negativen Skaleneffekt.

Hinzu kommt, was auch nicht neu, aber seit Beginn des Jahres 2016 deutlich stärker in der Bevölkerung, dabei besonders ausgeprägt in den Alterskohorten ab 45 Jahren ist: Man will den eigenen Wohlstand, materielle Güter usw. nicht weiter steigern, sondern lieber den Besitz erhalten und sichern.²

Was hier scheinbar nur als etwas konservative Lebenseinstellung daher kommt ist alles andere als das. Es ist ein gleich doppelter Resonanzverlust. Einmal in der Arbeitswelt, wo Leistungserwartungen, Lohnergebnis und Arbeitsbedingungen weder als so erstrebenswert noch als beeinflussbar erfahren werden. (Resonanz hat diese beiden Aspekte, das Berührt-Sein durch etwas und die Selbstwirksamkeit.) Dann aber

auch, dass das gewünschte Ergebnis eigener Anstrengungen, Leistungsbereitschaft ist generell vorhanden, nämlich ein gesicherter Wohlstand in einem weiten Sinne, ein Synonym auch für Sicherheit, nicht in Reichweite kommt. Im Ergebnis wird dieser doppelte Mangel an Resonanz als eine tiefe Verunsicherung empfunden.

Auf der Rückseite des Mondes, im Schatten gewissermaßen, findet sich dieser Befund paradox verkehrt noch einmal. Ein Teilnehmer hat den Begriff von der „GESICHERTEN ARMUT“ geprägt, aus der man heraus wolle. Wieder arbeiten, leisten und sich was leisten können. Es gibt eine Form von sozialer Sicherheit, die nur die allerwenigsten für erstrebenswert halten und die genauso von der Linken auch zu behandeln wäre.

Es ist schon so, dass hier ein Bruch mit der Logik des Kapitalismus erkennbar wird; Wachstum um jeden Preis, wirtschaftliche Effizienz, Profitmacherei stehen als Synonyme für jene resonanzlose Welt eingetrübter Erwartungshorizonte. Und es war interessant zu beobachten, dass dies tatsächlich ein Weltverhältnis ist, es wird diese Art der Interpretation der eigenen Beziehungen auch in anderen Lebens- und Gesellschaftsbereichen erkennbar. Etwa im Gesundheitswesen, von dem es hieß, dass die Steigerung der Wirtschaftlichkeit die negativsten Folgen habe, Pflegenotstand, Hygiinemängel, Unterversorgung, Wartezeiten, Überlastung des medizinischen Personals usw. Oder der Ausbau der Innenstädte, Spekulation, Mietsteigerungen, Verknappungen und Gentrifizierung machen aus den ehemals vertrauten, zu einem sprechenden, selbst genutzten städtischen Räumen fremde Areale. Medien, Zeitungen werden durch wirtschaftlichen Interessen untergeordnete Redaktionen zu Objekten ohne Interesse, sie sagen einem nichts und man kann damit selbst nichts mehr anfangen.

Der Verlust von sogenannten Resonanzachsen, also von gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen man sich angenommen, berührt und als selbstwirksam erfährt, führt, so besonders in Hoyers-

werda erlebt, in die Vereinzelung und zu einem *allgemeinen* Resonanzverlust, heißt: man wird tendenziell unfähig, selbst für sich Resonanz zu suchen, vorhandene Gelegenheiten, aktiv zu werden, sich affizieren zu lassen, zu nutzen. So klagte man hier darüber, dass die durchaus vorhandenen Kulturangebote kaum angenommen, Informationsquellen nicht genutzt werden.

Deal: Der erste Deal sollte für die Linke darin bestehen, *an Leistung gebundene Garantien für einen gesicherten Wohlstand* in ihr politisches Angebot für die Bundestagswahl aufzunehmen: Das betrifft die Resonanzachsen Arbeit und Renten (Löhne, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit, Mindestlohn und Grundeinkommen, Renteneintritt und -niveau, beispielsweise keine Besteuerung der Renten), Bildung, Kinder und Familie (gleiche Chancen und beste Bildung, auch Erziehung – Werte-, den Übergang ins Arbeitsleben, Vereinbarkeit von Familie und Beruf usw.) sowie Wohnen, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge.

Man sieht hierbei bereits die Pointe der Deals: Es gilt, Resonanz zu erzeugen durch ein Resonanzversprechen. Dass die Linke dabei mit der SPD konkurriert ist klar. Zwar stellt die SPD mit Martin Schulz auf eine Art Leistungsgerichtigkeit ab, bricht aber nicht mit der kapitalistischen Logik wirtschaftlicher Effizienz vulgo Profitmacherei in privater Wirtschaft wie bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dafür tut sich die Linke gelegentlich mit dem Leistungsbegriff schwer, Rechte und Ansprüche werden eher als voraussetzungslos zu gewährende formuliert. Beide Einseitigkeiten werden den Erwartungshaltungen, den Resonanzerwartungen in unserem Potential nicht voll gerecht.

Zweiter Befund

Unser zweiter Befund betrifft nun das Verhältnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Gruppendiskussionen im Osten, noch einmal: Linken-Potential, zur Politik, zu Parteien und deren Personal.

¹ Ich verweise für den soziologischen Kontext meines Kommentars auf die Arbeiten von Hartmut Rosa (Jena), von dem ich das Resonanzkonzept übernommen habe. In aller Kürze: <http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/beschleunigt-in-den-untergang/-/id=660374/did=16370138/nid=660374/394ndl/>

² <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-analyse-die-angst-vor-veraenderung-14035557.html>

Nehmen wir den politischen Raum einmal als einen Resonanzraum an, also einen Raum des Austauschs, der Beziehungen zwischen Bürgern und Politikern, dann lässt sich auf der Grundlage der Gruppendiskussionen sagen, dass darin eine beunruhigende Ruhe herrscht. Der politischen Öffentlichkeit als prominent geltende Personen der Politik „sagen mir nichts“, ebenso wenig wie die etablierten Parteien. Sie berühren mich nicht, man kann das beinahe im Wortsinne nehmen, sie sind unsichtbar und unnahbar; sie machen nichts mit mir. Dem entspricht, dass der politische Raum als einer außerhalb seiner selbst und als durchdrungen von Selbstreferenzialität wahrgenommen wird; gefüllt mit Politikern die sich vor allem um sich selber kümmern.

Aber dagegen stehen wiederum jene Befunde einer ganz starken Resonanz, negativ oder positiv, die AfD natürlich, Politikerinnen und Politiker wie Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht oder Oskar Lafontaine von der Linken, Frauke Petry und Björn Höcke von der AfD, der Freiherr zu Guttenberg, Hannelore Kraft, Ursula von der Leyen, Angela Merkel neben einigen wenigen anderen werden genannt.

Was löst genau diese Resonanzen aus? Im Bericht zu den Gruppendiskussionen heißt es, es seien die sogenannten Soft Skills, also „...Ausstrahlung und die Vermittlung des Gefühls, sich auch tatsächlich für die Interessen der BürgerInnen einzusetzen/einer von ‚uns‘ zu sein, Zuhören, Glaubwürdigkeit.“ Nahekommen, Hingehen, aber auch eine Existenz als Paria, das Außenseiter-Dasein innerhalb der Eliten, das Zeigen menschlicher Schwächen und das rechtliche Fehlen; man verzeiht gern auch Kriminelles wie Plagiats.

Betrachtet man die genannten Gründe für eine Entfremdung der Politik von den Bürgern, dann stoßen wir auf den kollektiven Befund, dass diese Politik

nicht der Rationalität des Handelns und Verhaltens unterliegt, welche von den Bürgern verlangt wird und der diese auch gern folgen. Der Vorwurf lautet, dass „die da“ in der Politik ein gänzlich anderes Verhältnis zu Leistung, Verantwortung und Kompetenz haben als man selbst; Politiker haften nicht wie sonst jeder für die Folgen eigenen Tuns, sie arbeiten zuvörderst in eigenem Interesse anstelle im Auftrag der Bürger, Transparenz ist ihnen ein Greuel. Resonanz, so ließe sich daraus lernen, hat auch etwas mit Gleichheit der Maßstäbe des Handelns, mit Reziprozität zu tun.

Resonanzfreie, politikfreie Räume und der empfundene Mangel an Reziprozität in der Beziehung der Politiker zu den Bürgern werden als Verlust von gewohnter Ordnung, von Werten und Tugenden erlebt. Der Befund wird in andere Lebensbereiche übertragen, öffentliche Einrichtungen zumeist, besonders Schulen, Polizei und Behörden, dann aber gleich kommen die öffentlichen Räume, die als unsicher erlebt werden. Bei der Ursachenbeschreibung pendelt das linke Potential zwischen der Diagnose Autoritätsverlust und mangelnder Selbstverantwortung.

Deal: Parteien als *Organisationen* entziehen sich generell dieser Rationalität individuellen, personalen Handelns und es liegt daher nahe, in einem sich nicht nur bevölkerungsmäßig sondern auch politisch entleerenden Raum wie Ostdeutschland wieder für mehr Resonanz zu sorgen – durch die dafür infrage kommenden *Personen* der Linken. Diese könnten eben auch das Kunststück fertig bringen, die Sehnsucht nach Autorität zu befriedigen und den Impetus für eine stärkere Verantwortungsübernahme aufzunehmen und zurückzugeben. Repräsentation und Empowerment könnten Menschen aus unserm Potential in den Persönlichkeiten der Linken als politische Charakterzüge wahrnehmen. Personalisierung täte gut

im Wahlkampf, es sollte dann aber auch genau diese Erwartung von Leistung und Kompetenz, Verantwortung und Transparenz „bedient“ werden; wir könnten beispielsweise für eine neuartige Haftung von Topmanagern in Wirtschaft und Politik plädieren.

Dritter Befund

Während in unseren Gruppendiskussionen im Herbst 2016 in NRW und Schleswig-Holstein die Erfahrung eines Rückzugs des Staates aus vielen Lebensbereichen artikuliert wurde und die entsprechende Forderung, der Staat solle sich wieder mehr kümmern, um Sicherheit, um Renten, um Arbeitsplätze, Bildung usw., mit einer diffusen Erinnerung an „gute alte Zeiten“ (so der Bericht zu den Gruppendiskussionen) verbunden schien, war bei den Gruppendiskussionen im Osten so etwas wie eine „Systemdistanz“ zu spüren. Häufige Bezugnahmen auf einzelne Gegebenheiten der DDR (Bildung, Gesundheit, Autorität usw.) bei gleichzeitiger Distanzierung vom Ganzen korrespondierten mit entsprechenden Kritiken aktueller Zustände in Verbindung mit deutlich systemkritischen Urteilen zum Kapitalismus und zur EU, festgemacht an deren Profitorientierung, Defiziten gelebter Demokratie, der EU als Fehlkonstruktion, dem Euro usw.

Gerade Teilnehmer aus den Generationen, die die Wende bewusst erlebt haben, aber auch jüngere, zeigten schwache Bindungen an das gegenwärtige Gesellschaftssystem in dem Sinne, dass man um seine Vorläufigkeit weiß. Schwache Bindung bedeutet also nicht einfach geringe Identifikation oder niedrige Zustimmungswerte zu Demokratie, Marktwirtschaft o.ä. Nachhaltige oder vielleicht auch nur langzeitige Erfahrungen mit mehreren Gesellschaftsordnungen lassen für manche ein „zweites Systemversagen“ durchaus als im Bereich des Möglichen stehend zu.

Motiv: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Eine starke Botschaft. Wohlstandswahrung ist das Motiv der übergroßen Zahl der Menschen, besonders im mittleren und höheren Alter. An alle, die heute schon gut und gerne hier leben und das bohrende „Wie lange noch?“ in den Köpfen haben. Aber auch offen für alle, die auch gerne gut leben würden und dabei auf Hilfe vom Staat hoffen.

Eine stringente Kampagne, die die CDU hier hinlegt. Das Erfreuliche für die Linke: Es fällt kein bisschen schwer, auf jedes der Plakate unsere Antwort zu formulieren und uns damit in klare Opposition (im Wortsinne) zu setzen. Ich habe es ausprobiert, das können unsere Genossinnen und Genossen ganz ohne Anleitung, frei im Gespräch auf der Straße. Die Basis fähig zu Stand up. Eigentlich die optimale Wahlkampsituation.

Harald Pätzolt, 30.6.2017



Motiv: Für mehr Respekt vor Familien. Na, mag man denken, das muss die CDU halt machen, wegen des C's. Aber halt! Familie, das ist die Antwort auf die Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft, dem sozialen Kitt. Und gerade die Tage kündigt die CDU eine deutliche Entlastung der Familien an.

Motiv: Europa stärken heißt Deutschland stärken. Wo Schulz im demokratischen Europa die Herausforderung sieht, da antwortet Merkel: Orban hin, Brexit her, Europa mit denen, die so sind, wie sie sind, Hauptsache ein starkes Europa, dann ist auch Deutschland stark. Klare Ansage.

Deal: Eine Konsequenz dieser VORLÄUFIGKEIT im Osten scheint, dass jedes System, vulgo jede staatliche, politische und wirtschaftliche Ordnung durch LEISTUNG überzeugen muss. Diese Leistungen erbringen in den Augen der Bürger immer Menschen, Politiker. Es wäre darum besonders im Osten naheliegend für die Linke, die Neigung, sich eher an Personen als an Institutionen, Parteien etwa zu binden, durch verstärkte PERSONALISIERUNG zu beantworten. Neben, so möchte ich es ausdrücken, die leistende Verwaltung sollten linke Politiker als „leistende Politiker“ treten. Im Wahlkampf könnte durch ein persönliches Leistungsangebot politische Resonanz erzeugt werden.

Vierter Befund

Der vierte Befund aus den Gruppen-diskussionen im Osten ist ein markanter Mangel an Resonanz innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft. Ich habe es spontan die „UNSICHTBARKEIT DER ERFOLGREICHEN“ im Osten genannt. In allen Gruppendifiskussionen hatten wir auch Menschen, denen es nach eigenem Bekunden gut ging, die erfolgreich Beruf und Familie meistern, die zur ostdeutschen Mitte zählen. Im Fokus der Gespräche standen sie kaum. Die drehten sich vielfach um die Probleme der sogenannten Modernisierungs- und Wende-verlierer, der Zurückgelassenen und die Schwächen der von Abwanderung und Deindustrialisierung betroffenen Regionen des Ostens. Es müsse doch auch Menschen geben, denen es gut ginge, irgendwer müsse sich doch die hohen Mieten in der Innenstadt und die neuen Häuser dort am Rande der Stadt leisten können, wurde sinniert.

Deal: Dieser Diskurs mangelnder ostdeutscher Solidarität und Resonanz, so scheint es mir, hat eine gewisse Ent sprechung in unseren Politikangeboten bis zum Wahlprogrammentwurf. Die ostdeutsche Mitte wird kaum mit resonanzfähigen Angeboten bedient, die deren eigene unmittelbare Interessen berühren. Natürlich sind auch ostdeutsche Situierte im linken Potential mit Themen benachteiligter Regionen und Vereinigungsunrecht anzusprechen. Praktisch haben sie aber als KMU, als Start-ups, als Angestellte, Wissenschaftler oder Beamte mit eigenen Problemen und Hinder nissen zu kämpfen. Breitband, Verkehrs verbindungen gen Osten, Arbeitskräfte, Nachwuchs, Infrastruktur in ländlichen Regionen, Bürokratie u.v.a.m. wird von einer leistenden Verwaltung und, hier käme die Linke in Spiel, von leistenden Politikern erwartet. Hier, so scheint es, wäre im Wahlkampf ein Resonanzraum überhaupt wieder zu eröffnen.

ArGe-Sommerschule 2017 Erfurt, Do 10.8. bis Sa 12.8. Anmelde-informationen und Programm siehe: <https://tinyurl.com/argesommer17>

Kurs Philosophie: Kultus ist Ländersache! Religionsverfassung und Gewaltenteilung

Die kulturelle und religiöse Zusam mensetzung der Gesellschaft der BRD hat sich in den letzten 40 Jahren auffallend verändert. Hatte sich in den 60er Jahren, als man „Arbeitskräfte rief – aber Menschen kamen“ und sie als „Gastarbeiter“ hier sesshaft wurden, kaum jemand darüber Gedanken gemacht, wie das dadurch veränderte Zusammenleben zu gestalten sei, so setzt sich das Thema durch die im Wesentlichen islamisch geprägten Flüchtlinge ganz aktuell quasi von selbst auf die politische Tagesordnung. Aufmerksame Beobachter nehmen die sich ausbildenden Risse in der Gesellschaft wahr.

Zuständig für Fragen der Ordnung von Schule und Religionsgemeinschaften sind in der BRD gemäß Grundgesetz die Bundesländer. Die in den Ländern unterschiedlichen Schulgesetze, die abgeschlossenen bzw. streitigen Konkordate und Verträge mit Kirchen und Religionsgemeinschaften sind Ausdruck für den jeweiligen Stand von Regelungen und gesellschaftlicher Praxis.

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes in diesen Fragen sprechen in jüngster Zeit vom „Gebot praktischer Konkordanz“: „Verfassungsrechtlich geschützte Rechtsgüter müssen in der Problemlösung einander so zugeordnet werden, damit beide zu optimaler Wirksamkeit gelangen können.“ Dabei ist von Verantwortlichen zu erörtern, aber dann auch konkret zu entscheiden, wie beispielsweise die Umfänge und Grenzen

Verantwortlich und Kontakt: Karl-Helmut Lechner, Norderstedt. eMail: Karl-Helmut.Lechner@wt-net.de

Kurs Wirtschaft + Internationales: EU-Projekte und die Sicht der anderen: Frankreich.

Nach einer Welle der Ablehnung bewertet die öffentlichen Meinung Europas die EU wieder höher. Allerdings bleibt nationalis tischer Protektionismus mit Brückenbindungen zu Rassismus und Naziideologie virulent, und nach wie vor tun sich die linken Strömungen und Parteien schwer, ihre Ziele „europäisch“ auszuformulieren. Sobald nach den französischen auch die deutschen Wahlen gelaufen sind, wird eine intensive Debatte über Projekte der Europapolitik erwartet. Linke Politik ist dabei gefordert. Ihre Inhalte können nicht in Spitzengesprächen ausgetüftelt werden. Verständigung auf breiter Basis stößt nicht nur auf die Sprachbarriere: Ist der Hintergrund, vor dem über Problemstellungen diskutiert wird, nicht ausgeleuchtet, redet man leicht aneinander vorbei. Ein Grund, die Auseinandersetzung mit den bei den französischen Nachbarn wirksamen politischen und wissenschaftlichen Traditionen zum Schwerpunkt unseres Sommerschulkur-

der weltanschaulichen Neutralität sowie des Erziehungsaufrages (Art. 7. Abs. 1 GG) des Staates auf der einen mit der individuellen Glaubensfreiheit (Art. 4 GG) bzw. dem elterlichen Erziehungsrecht (Art. 6 Abs. 2 GG) auf der anderen Seite zum Ausgleich zu bringen sind.

Dies wollen wir zu Beginn in der aktuellen Ausprägung an Beispielen wie Hamburg untersuchen; aber auch die zu dieser Frage gehörige Geschichte, die in Deutschland seit dem Wormser Konkordat im Jahre 1122 große, kleine und kleinste territoriale Fürstentümer und Gewalten, aber auch Gewaltenteilung hervorgebracht hat.

In Folge der Reformationszeit hat diese Entwicklung mit dem Westfälischen Frieden im Jahre 1648 nochmals einen erheblichen Schub bis heute hin gewonnen: Mit kühler Sachlichkeit suspendierten diese Vertragswerke jegliche religiösen Wahrheitsansprüche, die Lutheraner und Altgläubige sich um die Ohren schlugen.

Was heute oft gerade von Linken als „Kleinstaaterei“ kritisiert wird, damals ermöglichte es überhaupt geordnetes Leben nebeneinander, später auch mit einander.

Dies wollen wir sichten, prüfen, untersuchen. Die geschichtlichen, rechts- und religionspolitischen Entwicklungen nachzuzeichnen, hat sich der Kurs Philosophie der Erfurter Sommerschule vorgenommen. (Kurzfassung)

ses zu machen. Bei der Vorbereitung haben wir registrieren müssen, dass die wirtschafts- und politikwissenschaftliche Literatur des französischen Sprachraums – ganz anderes als die angloamerikanische – keineswegs breit übersetzt ist; klein ist auch ist der Kreis der Leute, die in der Sprache der Nachbarn Fachliteratur lesen können. Zum Glück liegt die große Wirtschaftsgeschichte von Braudel in deutscher Übersetzung vor, Ferdinand Braudel, Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts, München 1990, mit der Lektüre von Auszügen können wir in den Kurs einsteigen. An der weiteren Thematisierung wird noch gearbeitet (aktueller Stand bei <https://tinyurl.com/argesommer17>). Von besonderem Interesse werden EU-Initiativen der neuen französischen Regierung sein, wir suchen zeitnahe Material.

Vorbereitung: Christoph Cornides, Martin Fochler, Rolf Gehring, Matthias Paykowski

EU-Antidiskriminierungsrichtlinien – Rechtsbeistand im Kampf gegen Diskriminierung

Die Europäische Geschichte ist auch eine Geschichte von Wanderungen kriegerischer und ökonomischer Natur, in deren Folge sich unterschiedliche Kulturen, Bräuche, Verfahren, Gewohnheiten begegneten. Eingewanderte, wenn nicht als Sieger im Krieg (aber wohl auch dann) mussten als Minderheiten um die Anerkennung ihrer „Art“ kämpfen, um die Anerkennung von Lebensstilen und An-

dersartigkeit. Jede Wanderungsbewegung wie z. B. diejenige der polnischen Arbeiter in den Bergbau des Ruhrgebietes oder die in Europa häufig stattfindende Wanderung von der Landarbeit in die Industriearbeit, produziert somit potentiell Anpassungs- und Anerkennungsprozesse und Diskriminierung. Die durch weltweite Arbeitsteilung geprägte Industriegesellschaft hat soziale

Differenzen und gleichzeitig Räume für neue Lebens- und Gesellungsstile geschaffen, beides auch Momente möglicher Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die Ausdifferenzierung von Lebensstilen oder tradierte Rollenzuschreibungen können zu schroffen Auseinandersetzungen und Unterdrückung durch die Mehrheit führen. So hat z.B. die Schwulenbewegung mehr als ein Jahrhundert gebraucht, um eine fragile Anerkennung in der Gesellschaft zu erlangen oder dauert der Kampf um die Lohngleichheit für Frauen seit Jahrzehnten. Die Europäische Antidiskriminierungspolitik, Bewegungen und Formen der Aktionen haben starke Impulse aus den USA erhalten. Ihre Aktionsformen haben auch die europäischen Bewegungen gegen Diskriminierung geprägt. Die breite und widerstandsstarke Mobilisierung der schwarzen Bevölkerung in den USA hat 1964 zum „Bürgerrechtsgesetz“ geführt, das Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Geschlecht untersagt – eigentlich Kernthemen der amerikanischen Verfassung. Dabei ging es nicht nur um Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, sondern auch um gleiche Rechte am öffentlichen Raum.

Implementierung in EU-Recht

1957 wurde „Diskriminierung am Arbeitsplatz“ als Thema in den Europäischen Verträgen verankert. Seit 1975 (Richtlinie 75/117/EWG) sind die Mitgliedsstaaten rechtlich verpflichtet, alle Bestimmungen aus Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu löschen, die Lohndiskriminierung zur Folge haben und Maßnahmen zu treffen, um Diskriminierungen in Tarifverträgen, Lohn- und Gehaltstabellen usf. für nichtig zu erklären. Treibende Kraft war damals vor allem Frankreich.

In der im Jahre 2000 vom Rat der EU unterzeichneten Europäischen Charta der Grundrechte findet sich eine Reihe von Bürger- und individuellen Grundrechten, darunter der Artikel 21, der das Recht auf Nichtdiskriminierung formuliert und vielfältige Aspekte von Differenz aufführt („Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinde-

Nichtdiskriminierung – institutionelle Verankerung in der EU

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA). Die 2007 gegründete Agentur mit Sitz in Wien soll „unabhängige faktengestützte Grundrechtsberatung“ geben. „Die FRA trägt dazu bei, dass der Schutz der Grundrechte von in der EU lebenden Menschen gewährleistet wird.“

Wesentliche Aktivitäten der FRA: – Erhebung und Analyse von Daten zu Grundrechtsfragen; – Vernetzung mit Partnerorganisationen und Verbreitung der Forschungsergebnisse damit diese die relevanten Akteure erreichen; – Übermittlung ihrer Empfehlungen an Partnerorganisationen und die breite Öffentlichkeit.

Das Europäische Antirassismus-Netzwerk (ENAR). ENAR fördert die Gleichstellung aller Menschen und die Zusammenarbeit zwischen zivilgesell- Europäische Netzwerke, Einrichtung und Programme können unter folgendem Link gefunden werden:

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/link/index_en.htm

schaftlichen Anti-Rassismus-Akteuren. Die Organisation wurde 1998 mit dem Ziel gegründet, auf europäischer Ebene rechtliche Änderungen und in allen EU-Mitgliedstaaten entscheidende Fortschritte in Richtung Gleichbehandlung der Ethnien zu erreichen.

EU-Kampagne: For Diversity – Against Discrimination. Auf europäischer Ebene sind inzwischen verschiedene Aktivitäten und Programme umgesetzt worden. Dazu gehört z.B. die Initiative „Für Vielfalt gegen Diskriminierung“ der Europäischen Kommission. U.a. wurde eine Publikationsreihe (European Anti-Discrimination Review) teils in mehreren Sprachen herausgegeben, die die Gesetzgebung und Rechtsprechung der Mitgliedsstaaten untersucht, aber auch z.B. Beiträge zur Situation betroffener Gruppen enthält. rg

Der Kampf gegen die Schwulendiskriminierung in Deutschland

1969 und zweite 1973 setzten lediglich das Alter für „Unzucht“ zwischen Männern herab, erst 1994 wurde der § 175 Strafgesetzbuch gestrichen.

Der rechtliche Schutz der freien sexuellen Orientierung bewirkt nicht automatisch ihre gesellschaftliche Anerkennung. Hier spielt der öffentliche Raum eine besondere Rolle. Daher sind nicht zuletzt die schrillen Christopher Street Days von besonderer Bedeutung. Der Anstoß zu dieser Art Besetzung des öffentlichen Raumes kam aus den USA. Erstmals am 28. Juni 1969 wehrten sich Schwule in der Bar Stonewall Inn an der Christopher Street in New York gegen die üblichen schikanösen Razzien und Übergriffe durch die Polizei. Die Bundesrepublik erlebt ihre erste Schwulendemo 1972 in Münster. rg

xxxxxx Der Kampf um seine Abschaffung dauerte fast 100 Jahre. Bekämpft wurde er von Beginn an. Einer der Vorreiter der Gleichbehandlung von Schwulen war der Arzt und Sexualforscher Magnus Hirschfeld. 1897 gründete er das Wissenschaftlich Humanitäre Komitee, dass sich für die Rechte Homosexueller einsetzte. Schon damals kam es mehrmals zu Petitionen für die Abschaffung des Paragraphen, ohne Erfolg.

Noch im Zeitraum von 1950 bis 1965 wurden in der Bundesrepublik etwa 45 000 Personen nach Paragraph 175 verurteilt. Eine erste Strafrechtsreform

rung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“). In der Folge verabschieden die europäischen Institutionen in den Jahren 2000, 2002 und 2004 vier Richtlinien, die dieses allgemeine Recht in konkrete Vorschriften umsetzen. Dies war möglich, da mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) die Zuständigkeit der Gemeinschaft auf den Bereich der Antidiskriminierung ausgeweitet wurde.

2004 wurde die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern (2004/113/EG) in Bereichen ausserhalb des Arbeitsmarktes verabschiedet, wobei es um den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, die auf den Märkten zu haben sind, geht (einschliesslich von Wohnraum). Zwar ist damit das EU-Antidiskriminierungsrecht auf bestimmte Bereiche beschränkt, aber es greift ins nationalstaatliche Vertragsrecht ein (Grundrecht der Vertragsfreiheit, freie Wahl der Vertragspartner), setzt diesem einen Rahmen. Die Richtlinien verpflichten zu („abschreckenden“) Sanktionen, aber auch zu positiven Maßnahmen um Diskriminierungen zu verhindern oder auszugleichen. Eine geteilte Beweislast wird in allen Richtlinien verankert. Auch Einrichtungen und Verbände können für Opfer die Klage führen.

Die nationale Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien hat Spielräume eröffnet. Für die Anerkennung in der Gesellschaft und die ihrer Praktiken ist dies eine Voraussetzung, der Kampf um Antidiskriminierung bleibt ein beständiger, da im historischen Verlauf auch neue Formen der Diskriminierungen praktiziert werden. In diesem Zusammenhang spielen auch die Institutionen zur Unterstützung der

Von 2000 bis 15. März 2017 hat der EuGH zu folgenden Bereichen jeweils in einer Anzahl von Fällen geurteilt:

Alter: 22, Behinderung: 5, Ethnische Herkunft: 2, Sexuelle Ausrichtung: 5, Geschlecht / Schwangerschaft: 12, Religion Weltanschauung: 1

Antidiskriminierung und der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine wichtige Rolle. Der EuGH wehrte Klagen gegen „die Quote“, also gegen Frauenförderung bei gleicher Qualifikation ab und entwickelte die Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung, die in die EU-Richtlinien eingegangen ist.

Rolf Gehring (rg), Brüssel



Im Februar 1966 treten in der Fabrik National in Herstal – nahe Liège (Belgien) – 3000 beschäftigte Frauen in den Streik. Sie fordern entsprechend den Römischen Verträgen von 1957: „**A travail égal, salaire égal**“ – „Bei gleicher Arbeit gleichen Lohn!“. Zwölf lange Wochen dauert ihr Streik – ein Markstein in der europäischen Geschichte des Kampfes für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Bild: Kundgebung vor dem Fabriktor. Matthias Paykowski, Karlsruhe Siehe auch: <http://www.femmesencolere.be>. Quelle: <http://archivesdutravail.org>

„Es geht nicht darum, was mit den schwarzen Menschen passiert. Die eigentliche Frage ist, was passiert mit diesem Land“ (James Baldwin, 1968)

Filmempfehlung: „I AM NOT YOUR NEGRO“ – Der Schriftsteller James Baldwin (siehe Bild, geb. 1924, gest. 1987) begann Ende der 70er Jahre in Erinnerung an seine drei ermordeten Freunde, den Menschenrechtsanwalt Medgar Evers (ermordet 1963), Malcolm X (ermordet 1965) und Martin Luther King jr. und vor allem auf Grund seiner eigenen leidvollen Erfahrungen die Orte aufzusuchen, die für die Bewegung gegen den Rassismus, die Bürgerrechtsbewegung, in den USA bedeutungsvoll waren. Das Manuskript dieser Reise: „Remember This House“ konnte er nicht zu Ende schreiben. Der haitianische Regisseur Raoul Peck hat dieses Manuskript in einen besonderen Film verwandelt: eine Collage aus Archivbildern, Filmausschnitten und Nachrichtenclips, „das fulminante und dringend notwendige Gegenbild zum amerikanischen Traum des weißen



Mainstream“, so Max Mohr in der ARD-Sendung Titel, Thesen, Temperamente.

„Raoul Peck und seine Schnittmeisterin Alexandra Strauss haben in dieser Form aufgehoben, dass die Geschichte der Schwarzen in Wiederholungen der immer selben Urszenarien seit ihrer Verschleppung ab dem siebzehnten Jahrhundert verläuft. Gerade so, wie Baldwin es beschrieben hat und deshalb zu dem Schluss kam, es gebe keinen Grund zur Hoffnung. Nicht nur für die Schwarzen in Amerika nicht, sondern für die gesamte Menschheit nicht.“

Und der dabei doch eine Leidenschaft fürs Leben ebenso wie gegen die Ungerechtigkeit, Schlechtigkeit, gegen Mord, Apartheid und weißen Suprematismus verströmte. Eine Leidenschaft, die jeden seiner Sätze grundierte, so oder so.“ (Vera Lueken in der FAZ vom 1.4.2017)

Eva Detscher, Karlsruhe

Abb.:https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Heston_Baldwin_Brando_Civil_Rights_March_1963.jpg

EU Antidiskriminierungsrichtlinien – Die Links führen zur Datenbank des Europarechts, wo die Richtlinien in den europäischen Amtssprachen verfügbar sind
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32000L0043> – Richtlinie: 2000/43/EG vom 29. Juni 2000
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32000L0078> – Richtlinie: 2000/78/EG vom 27. November 2000
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32002L0073> – Richtlinie: 2002/73/EG vom 23. September 2002
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32004L0113> – Richtlinie: 2004/113/EG vom 13. Dezember 2004

Inhalt

Aktuelles	2
IS geschlagen? • Österreich vor Neuwahlen • Ehe für alle, Koalition für Schwarz + ((Gelb) – (Grün))?	
CDU und FDP gewinnen NRW-Wahl – Die Linke verfehlt den Einzug in den Landtag denkbar knapp	3
Brexit und EU: nach der Unterhauswahl	4
Erste Vorhaben der neuen französischen Regierung: Reformen am Arbeitsmarkt	5
USA: Konturen einer Erneuerung der Zivilgesellschaft wie auch ihrer staatlichen Eingefasstheit werden sichtbar	6
Auslandsnachrichten	8
Internationaler Gewerkschaftsbund: Gewerkschaftsreport • Finnland: Streik bei der Meyer-Werft • Österreich: Vertragsloser Zustand im Druckergewerbe • Slowakei: Streik bei Volkswagen • Spanien: Angriffe auf Streikrecht • Griechenland: Müllabfuhr im Streik • Türkei: Glasarbeiter erringen Erfolg • Ägypten: Gefängnis wegen Übernahmeforderung • West-Papua: Arbeiter wegen Streik entlassen • Kolumbien: Lehrerstreik für öffentliches Bildungssystem	
Aktionen – Initiativen	10
EU-Parlament drängt auf Regeln gegen Ausbeutung von Arbeiter_innen • Aufruf: Grenzenlose Solidarität statt G 20! • Lobbyismus muss fair und transparent sein • Umsteuern: Armut stoppen – Zukunft schaffen • Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft werden immer weniger eingelöst • Mehr reguläre Migrationswege schaffen • Integration von Geflüchteten muss im Mittelpunkt stehen • Gegen den Aufrüstungswahn	
Mieter und Anwohner in Norderstedt: Menschlich Wohnen sieht anders aus	12
Stuttgart-Untertürkheim: Erneuerung am Strand	14
München: „Landschaftsbezogene Wegekonzeption“	14
Thema: Siedlungsentwicklung und Bürgerbeteiligung	15
Bundestag stimmt einstimmig für Sozialkassengesetz	17
Für einen arbeitszeitpolitischen Aufbruch	17
Rechts außen	17
AfD: Restriktive nationalistische Familienpolitik • Nach dem Urteil zur NPD-Finanzierung neue Sanktionen gegen die VVN-BdA	
Zu den Ergebnissen der „Studie im Vorfeld der Bundestagswahl 2017“ im Auftrag der Linken	18
ArGe-Sommerschule 2017 Erfurt	20
Kalenderblatt 2000: EU-Antidiskriminierung	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 3. August 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 28. Juli. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Die Erscheinungstermine 2017: 3. Aug., 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.

Buchvorstellung**„Kulturkampf von rechts – AfD, Pegida und die Neue Rechte“**

Unter diesem Titel veröffentlichten H. Kellersohn und W. Kastrup vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) im Oktober 2016 einen Sammelband mit Vorträgen eines Kolloquiums des DISS vom Herbst 2015 zum Thema (Edition DISS Bd. 38/UNRAST-Verlag). Ergänzt wurden die Materialien durch einige neuere Beiträge u.a. zur Programmatik der AfD.

Im Vorwort wird der „Kulturkampf von rechts“ analysiert als „geistiger Bürgerkrieg“, der durch Überzeugung auf Gefolgschaft zielt. Das Denken möglichst vieler Menschen, ihre Lebensweise und Weltanschauung zu prägen, wird als Voraussetzung betrachtet, die politische Macht zu erringen: entweder auf den Wegen, die die bestehende Verfassungsordnung bereit stellt, oder, unter Umständen, wenn die staatliche Ordnung sich auflöst oder zerbricht, in einem realen Bürgerkrieg als ultima ratio“ (S. 6). Die „Kulturrevolution von rechts“ im Sinne Alain de Benoists (1985) versteht die Kultur als Feld, auf dem die Weichen für die Eroberung der politischen Macht gestellt werden. Die französische Nouvelle Droite hat mit einer Rezeption der Theorie Antonio Gramscis von rechts, (praktisch ohne klassentheoretische Inhalte) seine Schriften als Methode betrachtet, wie generell bestehende Machtverhältnisse geändert werden können. Gegliedert ist das Buch in vier Teile, denen jeweils Einführungen vorangestellt werden, die den Rahmen des Unterthemas abstecken.

Im ersten Teil („Neoliberalismus, völkischer Nationalismus und Konservative Revolution“) wird nach dem Zusammenhang zwischen Neo- bzw. Ordoliberalismus und dem völkischen Nationalismus als gemeinsamen ideologischen Nenner rechter Strömungen gefragt. Am Beispiel des als Kompromiss zwischen den verschiedenen Richtungen in der AfD begriffenen Grundsatzprogramms mit „nationalem Imperativ“ wird gezeigt, wie sich hier „neo(national)liberale Komponenten in der Nachfolge des deutschen Ordoliberalismus mit christlich-konservativen, völkisch-nationalistischen und direkt-demokratischen Positionen“ (S. 12) (ein plebisitzäres Präsidialsystem wie in der Weimarer Republik) verbinden. U.a. Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke werden ebenso genannt wie Carl Schmitt. Herausgearbeitet wird auch die Flexibilität und Anknüpfungsfähigkeit des Neoliberalismus gegenüber rechten Ideologien, was durch seine Grundbestandteile wie Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen mög-

lich wird.

Der zweite Teil („Akteure“) beschäftigt sich dann mit der AfD, dem Institut für Staatspolitik, der Identitären Bewegung und Pegida. Die AfD hat quasi als „Staubsauger“ mindestens vier rechte Strömungen zusammengefasst: eine völkisch-nationalistische Strömung (aus der „Neuen Rechten“), eine neo(nationalliberale) (z.B. die Gruppe um Lucke), eine christlich-konservative bis fundamentalistische (Evangelikale, biopolitische Foren u.a.) und eine nationalkonservative, deutsch-nationale Strömung. Das Institut für Staatspolitik wird als „strategisches Zentrum“ der Neuen Rechten betrachtet, bei dem der Bezug auf die AfD zur Spaltung und schließlich Neuausrichtung unter Götz Kubischek führte. Der Beitrag zu Pegida beschränkt sich auf die „Rezeption in Wissenschaft und Medien“.

Im dritten Teil („Themen“) werden konkrete Erscheinungen und Ausdrücke des „Kulturkampfs von rechts“ untersucht. Am Beispiel einer Rede von Björn Höcke im Institut für Staatspolitik wird seine völkisch-rassistische Rhetorik analysiert, die u.a. von einer Unterscheidung eines „europäischen“ von einem „afrikanischen Reproduktionsverhalten“ ausgeht. Weitere Beiträge befassen sich mit Geschlechter- und familienpolitischen Positionen der AfD (gegen emanzipatorische Geschlechterpolitik /„Genderismus“ und für die „traditionelle Familie“), Verschwörungskonstruktion des „Lügenpresse“-Begriffs (verstanden als „paranoisch strukturierter Diskurs“) und einer Untersuchung, die antimuslimischen Rassismus als „systematisch verzerrtes Kommunikationsverhältnis“ begreift.

Der vierte Teil („Was tun?“) hinterlässt insgesamt einen inhaltlich etwas schwächeren Eindruck. Diskutiert werden hier diskursive Strategien im Umgang mit AfD u.a. Betont werden die Herausarbeitung linker Politik und bündnispolitische Gesichtspunkte am Beispiel der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“.

Insgesamt eine Veröffentlichung, die fast alle wesentlichen Aspekte zum Thema einbezieht und vor allem in vielen Beiträgen Grundlagen zu einer Kritik rechter Ideologie leistet.

Johann Witte, Bremen (wjo)
Was ist das DISS? (Eigendarstellung) „Seit 1987 bearbeitet das DISS ... brisante Themen wie Rassismus und Rechtsextremismus, Militarisierung und Nationalismus, Sozialstaatsabbau und Ausgrenzung von Minderheiten ... Das DISS will dazu beitragen, Konstitutionsprozesse solcher Vorgänge zu erforschen. Dabei geht es ... auch darum, positive Potenziale innerhalb der Gesellschaft zu entdecken. Der diskurstheoretische Ansatz ... des DISS bietet ...konstruktive Lösungsansätze“